Nr. 15. 37. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

20 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 13,50 Mk., monatl. 4,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 4,50 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 7,70 Mk., für das übrige Ausland 12,— Mk., bei täglich einmal. Zustellung 10,— Mk. + Valuta-Aufschlag. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 2,— Mk., Teuerungszuschlag 60%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 9. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Prämien auf Gefangenenmord.

Die große Gefahr.

Aus Rom wird uns aus den letzten Tagen des alten Jahres geschrieben:

Was hat das erste Friedensjahr Italien gebracht? Den Frieden nicht, auf den die ganze Welt vergebens wartet. Wenn für Italien am Jahresanfang die Erwartung stand, die Früchte des Sieges zu ernten, so steht am Jahresende die Enttäuschung. Italien ist ein armes Land und hat einen riesigen Kraftaufwand gemacht, den es sich selbst nicht zugetraut hätte und dessen seine Verbündeten es nicht für fähig gehalten hätten. Für diesen Kraftaufwand erwartet es einen entsprechenden Gegenwert an nationalen Vorteilen.

Ganz schematisch gesprochen, erwartete Italien die Lösung der folgenden Forderungen von einem siegreichen Kriege: die Einverleibung der italienisch sprechenden Bevölkerung in seinen Staatsverband, die Sicherung seiner Ostgrenze zu Lande, die Neutralisierung der Adria und die Zuteilung wirtschaftlicher Einflußgebiete, die seine bisherige Abhängigkeit in der Rohstoffversorgung von England und Amerika vermindere.

Der erste dieser Zwecke, die Einverleibung der italienisch sprechenden Bevölkerung, stieß auf innere und äußere Schwierigkeiten. Er ist zurzeit nur unvollkommen erreicht worden. Dagegen ist die Landgrenze nach Osten so ausgefallen, wie sie die weitgehendsten Wünsche gesteckt hatten. Ebenso völlig, wie der Erfolg zu Lande, ist aber der Mißerfolg zur See. Italiens unbefestigte und nicht zu befestigende flache Ostküste ist den Einfällen der entgegengesetzten buchten- und inselreichen Küste ausgesetzt, von der aus die Slawen südwärts drängen. Die amerikanische und französische Arbeit zur Gründung eines starken jugoslawischen Reiches läßt Italien mit denselben Sorgen gen Osten sehen, wie zu Zeiten der habsburgischen Monarchie. In Sachen wirtschaftlicher Vorteile ist schließlich Italien als Aschenbrödel von der Entente behandelt worden.

So sieht das Land heute mit großer Bitterkeit auf die bisherigen Kampfesgenossen; man hat das Gefühl der Zurücksetzung und der verweigerten Anerkennung der tatsächlich geleisteten Dienste. Und man wird sich in Italien langsam bewußt, daß heute keine Interessensolidarität Italien an die Großmächte der Entente fesselt. Die Schaffung lebensunfähiger Staatengebilde, wie sie die Angstneurose Frankreichs zeitigt, muß Italien mit Sorge erfüllen, weil man hierzulande keine neuen Kriege will. Man hat auch kein Interesse an dem wirtschaftlichen Ruin und an der wirtschaftlichen Lahmlegung Deutschlands, weil ein Land, das auf die Einfuhr auswärtiger Industrieerzeugnisse angewiesen ist, schlecht dabei fährt, wenn ein Staat das Monopol der gewerblichen Gütererzeugung hat und Monopolpreise fordert.

Italien hat weder Frankreichs Angst noch Englands Interessen, aus denen heute der Strick um Deutschlands Gurgel gedreht wird. Ihm braucht nicht vor einem starken mitteleuropäischen Staate bange zu sein, heute, wo dieser Staat als Militärmacht ausgeschaltet ist. Es braucht nicht, wie Frankreich, Deutschland zu fürchten, als Bevölkerungsmasse mit anderem Zuwachsrhythmus als den eignen. Italien ist dichter bevölkert als Deutschland, hat eine stärkere Geburtenzahl, hatte vor dem Kriege etwa denselben Geburtenüberschuß wie Deutschland, im Verhältnis zur Einwohnerzahl. Es braucht sich seine eigene Lebensberechtigung nicht dadurch zu beweisen, daß es andern die Lebensmöglichkeit abschneidet.

Und von der Erwürgung der deutschen Industrie hat es schon ganz und gar keinen Vorteil. Es kann seinen gewerblichen Bedarf nicht im Lande erzeugen, heute weniger als je, wo es 400 Lire für den Doppelzentner englischer Kohle bezahlen muß. Es braucht fremde gewerbliche Erzeugnisse, kann in normalen Zeiten dafür Bodenprodukte und andere Erzeugnisse austauschen. Heute zahlt es Monopolpreise für englische und französische Waren, so daß zwei Stahlfedern 15 Centesimi, eine Nähnadel 5 Centesimi, eine Schere 20 Lire kosten.

Italien ist weder ein mächtiges Industrieland, dem daran liegt, den Konkurrenten totzuschlagen, noch ist es ein um die Selbstbehauptung seines Volksbestandes besorgter Staat, der den Druck eines lebenskräftigeren Volkes mit allen Mitteln von seinen Grenzen abzuhalten sucht. Es ist ein aufstrebender junger Staat, demokratisch in der Verfassung und im Volksempfinden, in dem nur sehr schwache Strömungen auf militaristische und Kolonialabenteuer drängen. Es strebt nach Frieden und vor allem nach Unabhängigkeit, was ja ein Teil des Selbsterhaltungstriebes ist. Für den einzelnen wie für den Staat. Nun hat Italien sicher seine militärische Unabhängigkeit erhöht, aber es steht sehr dahin, ob dieser Gewinn nicht durch die gesteigerte wirtschaftliche und finanzielle Abhängigkeit aufgewogen wird. Die Staatsschuld ist von 14 Milliarden (vor dem Kriege) auf nahezu 90 Milliarden gewachsen und wächst allmonatlich um etwa eine Milliarde. Die Staatsausgaben übertreffen die Einnahmen um das Dreifache, die Staatsbetriebe arbeiten mit einem Defizit von mehreren Milliarden jährlich. Der Wert der Ausfuhr beträgt weniger als ein Viertel des Wertes der Einfuhr. Von der Staatsschuld sind etwa 14 Milliarden im Auslande und müssen in Gold verzinst werden.

Noch größer als die finanzielle ist die wirtschaftliche Abhängigkeit, und zwar ist an die Stelle der Abhängigkeit vom Weltmarkt, der jedes dichtbevölkerte Land unterliegt, weil sein Boden die Bevölkerung nicht ernähren kann, heute die unmittelbare Abhängigkeit von der Entente und Nordamerika getreten, durch die tatsächliche Ausschaltung Rußlands, Ungarns und Rumäniens aus der Reihe der Korn liefernden Länder. Italien erzeugt 45 bis 50 Millionen Meterzentner Weizen, die auch vor dem Kriege eine jährliche Einfuhr von 18 Millionen Meterzentnern nötig machten. Fast die gesamte Korneinfuhr kam über das Schwarze Meer und kommt heute aus Amerika. Ebenso wichtig wie Brotkorn sind einem Kulturlande Kohlen. Im Jahre 1913 wurden 12 Millionen Tonnen eingeführt, fast alle aus England. Im Vorjahre ließ sich nicht einmal die Einfuhr der Hälfte erzielen. Die Konkurrenzfähigkeit der italienischen Industrie wird im Keime erstickt, wenn sie bei dem heutigen Wechsel (46 Lire für ein Pfund Sterling) die Kohlen in England kaufen muß zu dem hohen und beständig steigenden Preise, den die englischen Kohlenbarone mit Billigung ihrer Regierung für die auswärtigen Kunden berechnen.

Weniger wichtig, aber immer noch wichtig genug ist die Abhängigkeit vom Petroleum des Auslandes, von dem einschließlich seiner Nebenprodukte etwa drei Millionen Doppelzentner im Jahre 1913 eingeführt wurden. Die Ententepolitik, die die Wege nach dem Osten verrent, weist Italien ganz auf Amerika, auf die Standard Oil Company. Deshalb hatte Italien seine Blicke auf Kleinasien geworfen, auf die Bergwerke von Heraklea, auf die Ebene, die eine der Kornkammern des kaiserlichen Rom war, aber es scheint, daß es bei der Teilung der Erde zu spät gekommen sei. Während England und Frankreich sich über die „natürliche" Grenze zwischen Syrien und Kilikien einig werden, scheint für Italien nichts abzufallen als gelegentliche unverbindliche Sympathieäußerungen der Presse.

Dazu die tatsächliche, unvermeidliche Kriegsnot: steigende Preise, sinkende Valuta, Arbeitslosigkeit und Steuerdruck. Was ist da natürlicher, als daß die Unzufriedenheit wächst, wofür die Wahlen ein Beispiel geliefert haben.

Deshalb zieht das neue Jahr für Italien mehr drohend herauf als verheißend. Die herrschende Klasse ist in ihrer Herrscherstellung erschüttert und scheint sich selbst aufzugeben. Die Arbeiterschaft hat das Bewußtsein dieser Machtverminderung und unterliegt der naheliegenden Verführung, die Erschlaffung des Gegners als eignen Kräftezuwachs zu deuten. Das wäre sie in der Tat, wenn es sich nur darum handelte, den Gegner niederzustrecken; das ist sie nicht, da es sich darum dreht, an Stelle des Gegners organisatorische Aufgaben von nie gestellter Schwere zu lösen.

Hier liegt heute die große Gefahr für Italien. Die Arbeiterschaft ist vielleicht stark genug, das heutige Regime zu stürzen, aber noch nicht reif genug an Selbstsucht und sozialem Empfinden, um Besseres an seine Stelle zu setzen. Deshalb möge das Geschick dem Lande Jahre der Reifung bescheren, die ein starkes, technisch, organisatorisch und sittlich hochstehendes Proletariat berufen, ein Regime abzulösen, das der Weltkrieg und der ihm folgende Frieden in seinen Grundvesten erschüttert haben.

50 Frank für jeden toten Deutschen.

Der Berliner schweizerischen Gesandtschaft ist eine Verbalnote der deutschen Regierung übergeben worden, in der es u. a. heißt:

Das „Journal du Peuple" vom 10. v. M. hat in einem Artikel „Prime à l'assassinat" (Prämie für Mord) gemeldet, daß die französischen Soldaten, welche die deutschen Kriegsgefangenen bewachen, für jeden lebend eingebrachten Flüchtling eine Belohnung von 25 Frank, für jeden tot zurückgebrachten Flüchtling aber eine Belohnung von 50 Frank erhalten.

Diese ungeheuerliche Nachricht findet ihre Bestätigung in folgendem Vorfall, der aus zuverlässiger Quelle hier bekanntgeworden ist. Am 30. Oktober v. J., mittags 1 Uhr, hat der der P. G. R. L. 506, Lille (Nord), zugeteilte Sergeant-Fourier Gabriel Renault vom 43. französischen Infanterie-Regiment vor der Kompagnie, die auf dem Hofe zum Abmarsch nach dem Arbeitsplatz angetreten war, die Posten gefragt, ob sie Patronen hätten, und dann hinzugefügt: Sie schießen ohne vorherigen Anruf auf jeden, der sich außerhalb des Drahtzaunes befindet! Für jeden Getöteten zahle ich Ihnen eine Prämie von 50 Fr. aus meiner Tasche!

Das Auswärtige Amt wäre der schweizerischen Gesandtschaft dankbar, wenn sie auf telegraphischem Wege ihre Vermittlung eintreten lassen wollte, damit die schweizerische Gesandtschaft in Paris bei der französischen Regierung gegen die zur Ermordung der Kriegsgefangenen geradezu auffordernde Maßnahme schärfsten Einspruch erhebt und auch die Forderung stellt, daß der Sergeant Renault umgehend zur Verantwortung gezogen wird.

Gewalt, Gewalt bis zum äußersten.

Diese Kriegsparole Wilsons ist das Friedenswort des Obersten Rates. Die bereits angekündigte neue Note lautet:

Im Laufe der gegenwärtigen Besprechungen hat der Vorsitzende der deutschen Sachverständigenkommission von Simson eine Antwort auf Ihren Brief vom 28. Oktober erhalten, der eine Note betreffend die vorläufige Demarkationslinie zwischen Deutschland und Polen und die Berichtigung der Ostgrenze übermittelte.

Die in der genannten Note enthaltenen Vorschläge würden die Wirkung haben, den Vertrag von Versailles wieder zur Erörterung zu stellen. Ihnen kann also nicht Folge gegeben werden. Die alliierten Mächte können sich nur an die Bestimmungen des Vertrages vom 28. Juni 1919 halten.

Den Gewaltfrieden zur Erörterung zu stellen, wovor die Weltordner eine Heidenangst haben, das wird die Aufgabe des Proletariats in ihren Ländern sein.

Würdig schließt sich folgende Mitteilung an:

General Le Rond hat die deutsche Note über das Hultschiner Gebiet vom 3. November dahin beantwortet, daß der Oberste Rat die Ablehnung der Bitte der Hultschiner Bevölkerung auf Einbeziehung ihres Gebietes in die oberschlesische Abstimmungszone beschlossen habe.

So gewähren die Theoretiker von der „Selbstbestimmung der Völker" den deutschen Hultschinern nicht einmal das Recht, über ihre Tschechisierung abzustimmen. Fluch diesem „Frieden"!

Sowjet-Schieber.

Die Kommunisten sind offene Michel. Sie fordern die Arbeiter und — vorläufig — auch noch die Angestellten auf, durch revolutionäre Betriebsräte die Leitung der Produktion zu übernehmen und sie benutzen die gegenwärtigen Stockungen der Kohlen- und Kartoffelzufuhr, um den Glauben zu erwecken, daß es das alles unter dem Rätesystem nicht geben würde. Rußland lehrt zwar, was für ein Blech das ist und wir wissen auch, welch ungeheuren, ja unüberwindlichen Widerstände bei der nichtsozialistischen Mehrheit in Deutschland diese „Regelung" entfesseln würde. Die Kommunisten selbst beweisen, wie verantwortungslos sie agitieren; da bei der Siebenstundenschicht schon überall Kohlennot herrscht, fordern sie — die Sechsstundenschicht, obgleich es gar keine arbeitslosen gelernten Bergarbeiter gibt.

Aber das sind eben die Kommunisten, da ist weiter nicht darüber zu reden, denn bei denen muß alles verungeniert werden.

Da ist aber auch die „streng marxistische" U. S. P. mit ihrer historisch-materialistischen „Freiheit". Die beschwert sich darüber, daß das Essener „Ruhr-Echo" eine Papierlieferung nicht bekommen habe. Ob das nicht etwa mit dem Eisenbahnerstreik im Westen, der doch ganz im Sinne der unabhängigen Verkehrsstreikler liegt, zusammenhängt, — tja, einen großen Geist genierts nich, und 'nen kleenen jehts nischt an. Die Verhandlung des Betriebsrätegesetzes im Parlament wollen sie paragraphenweise zur Hetzerei benutzen, obgleich diese edlen Brüder die Möglichkeit, im Ausschuß an der Verbesserung des Gesetzes zu arbeiten, ziemlich unbenutzt gelassen haben. Kautsky betont in seinem Buch über Terrorismus, daß nur Demokratie und Menschlichkeit uns den Sozialismus bringen können, aber die Haus-Knechte der K. P. D. die täglich die Fußtritte ihres Herrchens begeistert empfangen, arbeiten unausgesetzt durch Hetzerei und Sabotage für den allgemeinen Wirrwarr, der die Rätebonzen an die Herrschaft bringen soll. Sie schieben Diktatur und schinden Menschlichkeit, die diesen Unduldsamen wesensfremd ist. Sie wissen

ganz genau, daß Sowjetstädte keine Lebensmittel, ein Sowjet-Deutschland keine Rohstoffe kriegen würde —, tut nichts, sie schieben Diktatur. Langen dann auch die Terroristen von der anderen Fakultät, die Baltikumer und sonstigen Militaristen, zur Gewalt, so ergreifen in den Städten die kräftigsten Elemente des Zivils — die Herren Verbrecher — zunächst noch mal die Diktatur. Hat doch auch der Raubmörder von der Gipsstraße erklärt, wenn er mal was mache, gehe er zu den Bolschewisten; die Reichswehr war ihm die Durchgangsstation.

Sehen wir es nicht an den Taten der Weißen in Rußland und Ungarn, haben wir es nicht auch in München und — jawohl! — auch in Berlin gesehen, was auf die „Diktatur" notwendig folgt?! Dagegen zetern die Herrschflüchtlinge um Crispien und Däumig in ihrem vielfach krankhaften Geisteszustand; aber sie selbst sind am Werke, es dahin zu bringen. Sie selbst — die aufrichtigen Rätediktatoren und die Halbschlächtigen, denen jenes Endziel — wie jedes positive Resultat — nichts, die Bewegung dazu aber, die Hetzgelegenheit und die Aussicht, jede andere Meinung revolutions„gesetzlich" zu unterdrücken, alles ist: **die Sowjet-Schieber.**

Der Verräter.

Wie oft wurde nicht während des Krieges die Nibelungentreue gerühmt. Die beiden Monarchen Wilhelm der II. und Karl der I. wurden in allen Tönen als das Symbol derselben gefeiert. Wie oft haben diese beiden „erlauchten" Herrscher nicht in gegenseitigen Telegrammen einander ihre Treue gelobt. Wehe dem, der auch nur den leisesten Zweifel an der Unerschütterlichkeit der Nibelungentreue zu hegen sich erdreistete, sofort fiel die ganze Meute der deutschen und der k. und k. Reaktionäre und Hofschranzen über den Armen her.

Wie man heute in diesen Kreisen über den verflossenen Kaiser Karl urteilt, zeigt folgende kleine Notiz im Berliner „Lokalanzeiger". Dort heißt es:

> **Der Verräterbrief Kaiser Karls vom 14. März 1917 an den Prinzen Sixtus von Parma wird im heutigen „Abend", dem bestinformierten Spätabendblatt Berlins, das täglich kurz nach 5 Uhr im Straßenhandel für 15 Pf. zu haben ist, im Faksimili veröffentlicht."**

So sieht der Patriotismus der „Kaisertreuen" aus. Während des Krieges machte man Geschäfte mit hurrapatriotischen Schilderungen über die Frontreisen und den Fall Kaiser Karls in den Isonzo, und heute macht man Geschäfte mit dem Verräterbrief des Mannes, dessen Treue man früher nicht genug rühmen konnte.

Die angeblich verschwundenen Akten.

Durch die Korrespondenz B. S. verbreitet Genosse Davidsohn jetzt eine Darstellung, in der er die Behauptung, daß in der Sache Sklarz Akten verschwunden seien, zu stützen sucht.

Zunächst veröffentlicht er einen eigenen Brief, in dem er dem Staatsanwalt auf dessen Rückfrage um nähere Angaben, wo Akten verschwunden sein sollen, einen durchaus ausweichenden Bescheid gibt und dem Staatsanwalt anheimstellt, sich selber auf allen Aemtern zu erkundigen, mit denen Sklarz in Berührung gestanden hat. Wir halten das nicht für die richtige Art, die Aufklärung der Angelegenheit zu fördern.

Ferner veröffentlicht Davidsohn noch das Schreiben eines Herrn Baruch an Davidsohn, der behauptet, daß ein von ihm im Februar 1919 an Scheidemann in Sachen Sklarz als „streng vertraulich" gerichtetes Schreiben aus den Akten der Reichskanzlei entwendet worden sei.

Hierzu teilt uns Genosse Scheidemann mit, daß er sich dieses Schreibens augenblicklich nicht entsinnen könne. Ist aber das Schreiben, wie der Absender selber behauptet, an ihn persönlich als „streng vertraulich" adressiert worden, so könne es sich gar nicht bei den Akten der Reichskanzlei befunden haben, da er, Scheidemann, ein streng vertrauliches Schreiben niemals zu den Akten gegeben haben würde. Wenn Sklarz von dem Inhalt des Schreibens Kenntnis erlangt hat, so erkläre sich das wohl daraus, daß Scheidemann ihn aufgefordert habe, sich zu den darin erhobenen Beschuldigungen zu äußern.

Wenn Herr Baruch weiter in seinem Schreiben an Davidsohn erklärt, daß er dem „Vorwärts"-Redakteur Kuttner über seine Angelegenheit schon vor Wochen Mitteilung gemacht habe, so ist das richtig. B. vergißt bloß hinzuzufügen, daß auf seine Bemerkung, er wolle vorläufig von seinem Material keine Verwendung machen, Kuttner ihm unter dem 2. Dezember 1919 wörtlich geschrieben hat:

> **Wir können Ihnen selber nur den Rat geben, an Gerichtsstelle zur Aufklärung des Falles zu tun, was in Ihrer Möglichkeit steht.**

Es wäre nun an Herrn Baruch zu erklären, woraus er schließt, daß sich sein Brief überhaupt jemals bei den Akten der Reichskanzlei befunden hat.

An alle Eisenbahner!

Die gewissenlose Hetze zum Streik, die unter der Flagge der Wirtschaftspolitik getrieben wird, ist weiter nichts als eine politische Maßnahme. Sie soll der Einführung des Rätesystems nach kommunistischem Muster auf der Eisenbahn die Wege ebnen.

Es ist unwahr, wenn behauptet wird, daß das Ministerium der öffentlichen Arbeiten die Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen nicht in entgegenkommendem Sinne führe. Ebenso unwahr ist, daß das Ministerium seine Vertreter nicht mit genügenden Vollmachten versehen habe. Die Unterbrechung der Beratungen ist nicht auf die Winkelzüge des Ministeriums zurückzuführen, sondern darauf, daß die Arbeiterorganisationen die Weihnachtspausen selbst verlangt haben. Ja, der Vertreter der größten Organisation beantragte sogar, die Pause fünf Tage früher eintreten zu lassen, als es tatsächlich geschehen ist.

Ein Verkehrsstreik im jetzigen Augenblick wäre ein unverantwortliches Verbrechen am Volke!

Jeder politisch organisierte Eisenbahner hüte sich, den unter falscher Flagge segelnden Demagogen nachzufolgen! Jeder politisch organisierte Eisenbahnbedienstete höre nur auf die Parole seiner Organisation! Zeigt, daß Ihr Euch der Tatsache bewußt seid, daß Ihr am Wiederaufbau des niedergebrochenen Wirtschaftslebens den tätigsten Anteil nehmen wollt! Laßt die gewissenlosen Hetzer nicht triumphieren! Um so weniger, als die Vorschüsse auf die noch in der Beratung befindlichen Tarife schon jetzt gezahlt werden.

Bewahret kaltes Blut! Haltet die Nerven im Zaun! Folgt den Aufpeitschern nicht, die Euch mißbrauchen wollen!

Der Werbeausschuß der sozialdemokratischen Eisenbahner Groß-Berlins.
J. A.: Thurau. Grunwaldt.

Ursachen des westlichen Eisenbahnerstreiks.

Der Allgemeine Eisenbahnerverband ersucht um Veröffentlichung einer Erklärung, in der es heißt, daß er einen Eingriff in die schwebenden Tarifverhandlungen nicht gefordert habe. Wohl aber seien neben den im Gange befindlichen Tarifverhandlungen von der Eisenbahnverwaltung Abschlagszahlungen gewährt worden, die wegen der vielgestaltigen Differenzierung starken Unwillen erregt hätten. Diese Differenzierung habe in der Hauptsache den Anlaß zu dem westdeutschen Eisenbahnerstreik gegeben. Schon die bloße Tatsache der Vermittlung des Reichsarbeitsministers in der Frage der Abschlagszahlung, wodurch die schwebenden Tarifverhandlungen in keiner Weise berührt wurden, hätte nach der Ansicht der Verbandsleitung die notwendige Beruhigung geschaffen.

Ueber den Stand des Streiks wird berichtet:

Nach der vollständigen Einstellung des Personenverkehrs in Düsseldorf begann ein gewaltiger Ansturm auf die nach Benrath fahrenden Straßenbahnwagen sowie auf die Wagen der Duisburg—Mettmanner Kleinbahn. Der Güterverkehr ruht nahezu vollständig. Es drohen **ernste Ernährungsschwierigkeiten.** Ganz besonders schwierig wird die Lage der Wasser- und Beleuchtungswerke sowie der meisten Industriebetriebe. Der Streik im Direktionsbezirk Elberfeld dauert mit gleicher Schärfe an. Im Essener Bezirk wird nur an wenigen Stellen gestreikt. Die Frankfurter Hauptwerkstätte arbeitet normal. Die Hauptwerkstätte Ried bei Frankfurt a. M. erzielt dagegen äußerst schlechte Arbeitsleistungen, da dort nach wie vor passive Resistenz geübt wird. Da Ried zum besetzten Gebiet gehört, hat die Direktion Frankfurt sich mit den zuständigen **Besatzungsbehörden in Verbindung gesetzt,** damit von dieser Seite die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden. Die Direktion Elberfeld hat Anordnungen getroffen, die den notwendigen Milchverkehr sicherstellen sollen. Die Eisenbahnhauptwerkstatt Dortmund liegt seit Donnerstag morgen still. Sämtliche 3000 Arbeiter streiken. Auch bei der Güterabfertigung in Dortmund ist die gesamte Arbeiterschaft ausständig. **Der Güterverkehr wird nur in ganz geringem Umfange aufrechterhalten.** Im Personenzugverkehr sind bisher wesentliche Einschränkungen noch nicht zu verzeichnen, doch ist eine allgemeine Lahmlegung zu befürchten.

Der Schnellzugsverkehr Berlin—Köln wird bisher durch Umleitung der Züge **durch das besetzte Gebiet** teilweise aufrechterhalten, so daß noch eine Verbindung zwischen Berlin und Westdeutschland besteht. Jede Verbindung **Düsseldorfs,** wo der Eisenbahnverkehr **völlig ruht,** mit dem Industriegebiet ist unterbrochen.

Diese Nachrichten zeigen deutlich, daß **Verkehrsstreik Volksruin** ist.

Amtlich wird gemeldet: Die **Verhandlungen** über den Lohntarif mit den Eisenbahnarbeiterorganisationen nehmen auch weiterhin einen **guten Verlauf.** In den letzten Tagen ist **Einverständnis** über die Bildung der Lohnortsgruppen in den Eisenbahndirektionsbezirken Köln, Saarbrücken, Elberfeld und Essen erzielt worden. Ferner hat eine **Einigung** darüber stattgefunden, daß der Unterschied im Stundenlohn zwischen den einzelnen Lohngruppen 20 Pf. betragen soll.

Meurer verabschiedet.

W. T. B. meldet: Admiral Meurer, der bisherige Chef der Marinestation der Ostsee hat in seinem (vom „Vorwärts" veröffentlichten) Neujahrsbefehl Ausführungen gemacht, die nur als ein Angriff auf die Politik und die Autorität der Reichsregierung angesehen werden konnten. Admiral Meurer hat daraufhin seinen Abschied eingereicht, der ihm auch bewilligt wurde.

Die Beamtenzulage vor dem Reichsrat.

Der Reichsrat stimmte mit Ausnahme der Vertreter Württembergs und Badens der von der Nationalversammlung gutgeheißenen Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen der Reichsbeamten für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1920 um 50 v. H. zu, nachdem der Berichterstatter darauf hingewiesen hatte, daß die Wünsche der deutschen Beamtenschaft weitergehende seien, und daß am nächsten Sonnabend Verhandlungen mit den Vertretern der Beamtenschaft im Reichswirtschaftsministerium stattfinden werden.

Am Sonnabend, den 10. Januar, findet im Reichsfinanzministerium eine Besprechung statt über vorläufig zu treffende Maßnahmen hinsichtlich der Teuerungszulagen, bis die Besoldungsreform in Kraft getreten ist. An diesen Besprechungen werden die Vertreter der Beamtenschaft teilnehmen. — Weiterhin wird in einer auf Montag, den 12. Januar, festgesetzten Besprechung mit den Gewerkschaften und den anderen Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen über eine Neuregelung der Tarif- und Lohnfragen beraten werden.

Verschollene Berliner Tage.

Von Josef Kliche.

Wenn in meiner schlesischen Heimat vor dreißig und mehr Jahren die im letzten Lehrjahre stehenden jungen Handwerker jemand fragte, wohin sie wohl, sobald sie die Lehrzeit beendet, ihre Schritte lenken würden, so antworteten sie stets: nach Berlin! Dieses Nach Berlin! klang so zuversichtlich und selbstbewußt, daß ein Zweifel an der redlichen Absicht des Antwortenden, noch an der etwaigen Unwahrscheinlichkeit der Ausführung derselben gar nicht aufkam. Nach Berlin gingen schon seit Generationen die jungen Bauarbeiter, die Maurer und Zimmerer. In ganzen Kolonnen fuhren sie zwischen Ostern und Pfingsten über Kottbus und Frankfurt a. O. in das Gebiet des großen Lockvogels, um kurz vor Weihnachten wieder in die Heimat zurückzukehren.

Das war schon so gewesen, als noch keine Eisenbahnstränge Schlesien mit Berlin verbanden. Damals waren sie zu Fuß gewandert. Mit Ränzel und Knotenstock versehen, strebten sie in Tagemärschen der märkischen Metropole zu. Und es hatte immer einen hohen Schein von Romantik an sich, wenn die alten Arbeitsinvaliden im Dorf von jenen Tagen erzählten, die wir Jungen uns kaum vorstellen konnten. Von den langen Märschen, von dem Uebernachten in Herbergen und schließlich von Berlin selbst, das etwa dreihundert Kilometer entfernt lag. Von den dortigen Handwerks- und Arbeitsbräuchen, von den Straßen und Plätzen, vom schlesischen Viertel, vom Friedrichshain und anderen Berliner Stätten, die der Weltstadt einen Teil ihres Gepräges gaben. Knabensehnsüchte wurden wach und heischten nach den Jahren, in denen man selbst die Reise nach Berlin antreten würde. Und als dann der Tag der Erfüllung kam, da setzte man sich auf die Bahn und fuhr vierter Klasse in gut halbtägiger Fahrt nach jenem Ort, für den man solange geschwärmt. Auf dem Schlesischen Bahnhof stieg man aus und suchte sich in der Gegend der Cöpenicker Straße oder der Frankfurter Allee eine Unterkunft. Mit der Zeit lebte man sich ein. Viele gingen im Spätherbst wieder in die Heimat zurück. Neben einem gefüllten Beutel nahmen sie auch den sozialistischen Gedanken mit in die kleinen schlesischen Landorte. Sehr zum Verdruß des Ortsgeistlichen, für den Sozialdemokraten damals noch so etwas wie Räuber und Mörder waren. Einige aber blieben jeweilig in Berlin zurück, akklimatisierten sich und wurden im Laufe der Zeit gute Stützen der Berliner Arbeiterbewegung. Freilich, aus manchem Grünhorn ist später auch ein Taugenichts geworden, für den Idealismus und Organisation böhmische Dörfer blieben.

Für den vom Lande Kommenden hatte Berlin ungezählte Reize. Und die Gedanken, die ein Stürmer und Dränger des literarischen Naturalismus, Julius Hart, in sich trug, als er als junger Student aus dem Westen der Reichshauptstadt zueilte, die gleichen Gedanken lebten, wenn auch in anderer Form, in den Köpfen mancher aus dem entgegengesetzten Ende Deutschlands kommenden jungen Arbeiter. Noch heute denke ich der Stunde, in der ich zum erstenmal den Friedhof der Märzgefallenen betrat. Wie heilige Schauer wehte es durch das frühlingsfreudig geschmückte Gefilt. Pulste es durch die junge Seele. Lenzstimmung wurde wach: halb sentimentale Schwärmerei, halb Rebellentrotz. Aus der Verbandsbibliothek im stolzen, rotgemauerten Gewerkschaftshaus am Engelufer und aus der Heimannschen Lesehalle in der Alexandrinenstraße holte ich mir tags darauf die einschlägigen Geschichtswerke, um jene Zeit des deutschen Morgens in mir zu verlebendigen. Täglich strömten neue Gedanken in das aufnahmebereite Gemüt. Man wuchs mit seinen Zielen.

In den zehn Jahren meines Berliner Aufenthalts habe ich oft im Hain gesessen. An schönen Sommernachmittagen weilten dort die Mütter mit ihren Kindern und lehrten diese spielen, während die Männer ihrer Arbeit auf dem Bau oder in der Fabrik nachgingen. Manche Kleinen waren auch auf sich selbst angewiesen und tummelten sich sorglos in den schattigen Gängen des Hains. Bei ihnen mußte eben auch Mutter auf Arbeit gehen. Die frische Jugend und das greise Alter saßen hier beieinander, und manch altes Mütterlein, das die Tage von Achtundvierzig noch aus eigenem Schauen kannte, habe ich hier sitzen sehen. Das erzählte dann den Enkeln von damals und später, als die Gründerjahre ins Land gekommen, die Bauarbeiter und die übrigen Handwerker gut verdienten und ganze Stadtviertel aus der Erde wuchsen und den einst freiliegenden Hain mehr und mehr umsäumten.

Jahrzehntelang hat unser unvergeßlicher Paul Singer das weite Arbeiterviertel des Berliner Ostens im Reichstag vertreten. Bis wir ihn dann an einem milden Wintersonntag draußen in Friedrichsfelde zu Grabe trugen. Erst neun Jahre sind es her und doch scheints so unendlich weit. Nebelgrau wird manches. Wo sind sie hin die tollen Abende des Pücklerspuks, an denen der Dreschgraf aus Klein-Tschirne seine tragikomischen Vorstellungen gab! Verklungen ist der Sang der Harfenjule, verklungen ist auch manches andere vom damaligen Berlin. Wißt ihrs noch, denkt ihr noch des Sonntags, an dem Bülow seine Kanonen ins Hohenzollernschloß fahren ließ, damit sie bereit stünden gegen die stürmisch das freie Preußenwahlrecht fordernden Massen? Denkt ihr noch der Treptowspaziergänge? Und denkt ihr vor allem noch der kraftvollen Einheit der Arbeiterklasse jener Jahre?

Nun sitze ich bald ein Jahrzehnt hier oben an der Nordsee. Nur flüchtig habe ich ab und zu Berlin noch mal gesehen, kenne das Berlin von heute nur noch aus Zeitungsberichten. Aber ich fühle: das heutige Berlin ist ein anderes, ein ganz anderes. Und dennoch: ich möchte es wiedersehen.

Diese melancholischen Gedanken und Erinnerungen wurden in mir lebendig, als ich in diesen Tagen Max Kretzers neues Berliner Skizzenbuch las. Bei Elischer in Leipzig ist es erschienen und „Wilder Champagner" ist es betitelt. Auch der „Berliner Zola", wie er einst im Freundeskreise der Hart und Conradi genannt wurde, ist eines Tages aus dem Osten nach Berlin gekommen. Auch er kam über Bentschen nach Frankfurt, arbeitete in der Fabrik und stieg dann zu Schriftstellerruhm empor. Wißt ihrs noch, wie er in seinem — fast möchte ich sagen epochalen — „Meister Timpe" die Zeit des aufstrebenden Kapitalismus gestaltete? Und wie es in manchen seiner anderen Bücher von Mitgefühl für die Enterbten des Glücks pulste? Und war nicht der „Mann ohne Gewissen" ein gutgeschauter Typ so manchen Häuptlings der Gründerjahre! Später freilich floß manches aus seiner Feder, was weniger typisch, weniger eindrucksvoll war. Dennoch: seinen ehrlichen Namen hat er behalten. Die vorliegenden Skizzen geben manches Bild aus dem Berlin der letzten Jahrzehnte. So mancher bekannte Ort, mancher für den der Erinnerung lebenden Fremden liebe Name taucht auf. Lokale, Straßen, Einzeltypen, mit einem Wort: Volkstum, Berliner Volkstum. Ein Kapitel ist auch der Zeit des Sozialistengesetzes gewidmet. Paul Singer, Louis Viereck, Ignaz Auer und andere gehen vorüber. Und wenn auch die Skizzen nicht das Höchste sind, was wir auf diesem Gebiet kennen, so verdienen sie doch gelesen zu werden. Wenigstens von denen, die Berlin lieben.

Wenn ich auf die Jahre und ihren Zeitgehalt zurückdenke, wenn ich an den Namen Kretzer erinnert werde, dann will es mir immer scheinen, als fehlte uns eigentlich noch ein Berliner Roman. Ein Roman, der alles das gäbe, was ich in den obigen Strichen skizziert habe. Max Kretzer ist veraltet, er gehört einer verflossenen Epoche an. Georg Herrmann hat manches Beachtenswerte geschaffen, Alice Berend hat sich wunderbar einzufühlen verstanden. Auch Hans Land darf man nicht übersehen. Von anderen und älteren ganz zu schweigen. Aber sie alle bringen nicht das, was ich meine. Ein Buch, ein Roman müßte es sein, der das ganze stolze Kampfeszeitalter der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften so vom Beginn der neunziger Jahre bis zum Ausbruch des Krieges einfängt und künstlerisch gestaltet. Sozial, politisch und kulturell. Mit Hottentottenwahlen, Blockpolitik und Wahlrechtskämpfen. Mit Treptowspaziergängen, Maifesten und Märzgefallenenehrung. Nicht eng auf Berlin beschränkt, sondern weitausholend, mächtige Quadern schichtend, lebensprühend und doch nicht ohne Harmonie. Vielleicht ein Entwicklungsroman, wie ihn der zu früh verstorbene Wilhelm Holzamer in seinem „Entgleisten" schuf. Aber viel breiter, fundamentaler und vor allen Dingen mehr Zeitgehalt. Otto Ernsts Trilogie scheint mir gleichfalls ein noch zu knapper Milieuausschnitt, um als Vorbild dienen zu können. Jedenfalls müßte es der Roman werden, der Kulturroman, der den politischen und sozialen Zeitgehalt vom Fall des Sozialistengesetzes bis zu den schlimm-schweren Tagen des Jahres 1914 einfing und wiederspiegelte.

Diese Aufgabe harrt noch ihres Meisters, der ein Kämpfer und ein Dichter sein müßte.

Eine neue Organisation der Bühnenschiedsgerichte. Die deutschen Bühnen haben, wie in der „Deutschen Juristen-Zeitung" mitgeteilt wird, die Schaffung einer umfassenden schiedsgerichtlichen Organisation in Angriff genommen. Es soll dadurch für die ganz

Die Wahlen im Zentralverband der Angestellten.

Von einem Mitglied dieses Verbandes wird uns geschrieben:

Am Sonntag, den 11. Januar, in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, finden in der Ortsgruppe Groß-Berlin unseres Verbandes die Wahlen von Delegierten zur Generalversammlung statt. Um diese Wahlen hat sich ein lebhafter Kampf entsponnen, dem alle Mitglieder in ihrem eigenen Interesse ihre Aufmerksamkeit zuwenden sollten.

Die freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen, die vor der Revolution und insbesondere vor dem Kriege nur schwer vorwärts kommen konnten und die zahlenmäßig hinter den bürgerlichen Organisationen weit zurückblieben, haben nach der Revolution einen gewaltigen Aufschwung genommen. Ihre Mitgliederzahl ist mehr als verzehnfacht und ihr Einfluß ist in der Angestelltenbewegung weitaus an die erste Stelle gerückt. Hand in Hand mit diesem Fortschritt ging eine starke Konzentrationsbewegung. So ist zum Beispiel der Zentralverband der Angestellten, der jetzt fast 400 000 Mitglieder zählt, aus der Verschmelzung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, des Verbandes der Bureauangestellten und des Verbandes der Versicherungsangestellten entstanden.

Für die größeren Ortsgruppen schreibt die Verbandssatzung vor, daß ihre Generalversammlungen aus Delegierten zusammengesetzt werden müssen, um die wichtigen Beschlüsse nicht von Zufallsbesetzungen in der Generalversammlung, die allen Mitgliedern offen steht, zu der aber nur ein Bruchteil aus räumlichen Gründen Zutritt haben kann, abhängig zu machen. Die Ortsgruppe Groß-Berlin, die fast 100 000 Mitglieder zählt, wählt am Sonntag, den 11. Januar, 500 Delegierte.

Die Aufgabe der Generalversammlung ist in der Hauptsache, die grundsätzlichen Richtlinien für die Verbandstätigkeit festzulegen, die Ortsverwaltung zu wählen und zu kontrollieren. Es ist also notwendig, die tüchtigsten und erfahrensten Verbandsmitglieder in die Generalversammlung zu entsenden, die durch ihre bisherige Tätigkeit im Verband, in der Fachgruppe, in Betriebsfunktionen bewiesen haben, daß sie das Vertrauen ihrer Kollegen genießen und daß sie fähig und bereit sind, sachliche gewerkschaftliche Arbeit zu leisten.

Seit einiger Zeit hat sich aber auch im Zentralverband der Angestellten in Berlin eine gewisse überradikale Strömung bemerkbar gemacht. Wiederholt wurde versucht, Anträge durchzudrücken, daß in die Ortsverwaltung und für sonstige Funktionen nur Mitglieder gewählt werden dürfen, die sich auf das wirtschaftliche und politische Rätesystem verpflichten. Bisher wurden diese Anträge abgelehnt. Aber die aus Unabhängigen und Kommunisten bestehende sogenannte „Opposition" hat sich innerhalb des Verbandes eine besondere Organisation geschaffen und arbeitet mit den üblichen Mitteln (Radau in Versammlungen, Niederbrüllen der andersdenkenden Verbandsmitglieder usw.) darauf hin, die Organisation in ihre Hand zu bekommen und sie völlig in den Dienst ihrer Parteibestrebungen zu stellen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß diese Opposition sich geweigert hat, an der Aufstellung einer rein gewerkschaftlichen, parteipolitisch neutralen Kandidatenliste gemeinsam für alle Fachgruppen teilzunehmen und unter allen Umständen ihre eigene Parteiliste durchbringen will.

Wenn es bisher auch gelungen ist, diese Bestrebungen der radikalen Gruppe in der Ortsgruppe Groß-Berlin zurückzuweisen, so darf doch die Gefahr nicht unterschätzt werden, wenn die übrigen Mitglieder nicht auf dem Posten sind. Diese müssen sich darüber klar sein, daß der Verband nur dann die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder wirksam und mit äußerster Kraft vertreten kann, wenn die Organisation einig und geschlossen bleibt, das heißt, wenn nur wirtschaftliche Interessen und keine parteipolitischen Interessen maßgebend sind. Wer die parteipolitische Zersplitterung und Zerklüftung auch in die Gewerkschaft hineinträgt, zertrümmert damit die Grundlage der gewerkschaftlichen Einigkeit und Disziplin, der Solidarität und aller gewerkschaftlichen Erfolge.

Deshalb haben sich diejenigen Mitglieder des Verbandes, die auf dem Boden schärfsten gewerkschaftlichen Kampfes, aber unter Wahrung voller parteipolitischer Neutralität stehen, aus allen Fachgruppen zur Aufstellung einer Liste zusammengefunden. Diese

Liste Nr. 5

Franz Krüger, Gustav Felix, Max Mayntz

(die ersten drei Kandidaten) muß von allen Verbandsmitgliedern, denen das Wohl ihrer Organisation und die Erhaltung ihres gewerkschaftlichen Charakters am Herzen liegt, am 11. Januar gewählt werden.

*

Wahlberechtigt ist jedes Verbandsmitglied ohne Rücksicht auf sein Alter, welches die Beiträge bezahlt hat. Gewählt wird von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. Zur Wahl ist das Verbandsmitgliedsbuch unbedingt mitzubringen. Wer dasselbe noch nicht im Besitze hat, wende sich sofort an seinen Vertrauensmann oder an das Bureau der Ortsgruppe, Belle-Alliance-Str. 7/10. Evtl. wird ein besonderer Wahlausweis im Ortsgruppenbureau ausgestellt, falls das Buch nicht beschafft werden kann. Es sind 47 Wahllokale eingerichtet und kann jedes Mitglied in jedem beliebigen Wahllokal wählen, ist also nicht an seinen Wohnbezirk gebunden. Die Wahllokale sind folgende:

Berlin C.: Seydelstr. 30, am Spittelmarkt, Rest. Friedr. Wegner.
S.: Fichtestr. 29, Paul Rakes Festsäle.
SW.: Hagelberger Str. 6, Restaurant Heinrich Höhow.
W.: Bülowstr. 55, Restaurant F. Kroll.
NW.: Bremer Str. 72/73, Restaurant Max Schötzel.
N.: Rosenthaler Str. 11/12, Rosenthaler Hof.
N.: Schönhauser Allee 128, Lamberts Festsäle.
N.: Ravenestr. 36, Restaurant Martin Mecklenburg.
N.: Badstr. 44, Restaurant Franz Bär.
NO.: Greifswalder Str. 220/221, Restaurant Union-Festsäle.
O.: Andreasstr. 21, Andreas-Festsäle.
O.: Frankfurter Allee 17, Restaurant Patzenhofer Klause.
SO.: Grünauer Str. 14, Restaurant „Zur Versöhnungshalle".
Neukölln: Donaustr. 106, Restaurant Hermann Gütig.
Neukölln: Hermannstr. 70, Restaurant R. Kirsten.
Neukölln: Kirchhofstr. 41, Ecke Wipperstr., Rest. Oskar Wolf.
Britz: Chausseestr. 75, Restaurant Paul Löttel.
Schöneberg: Martin-Luther-Str. 69, Restaurant Ernst Otto.
Wilmersdorf: Berliner Str. 33, Restaurant Arnold Waffe.
Tempelhof: Berliner Str. 100, Restaurant Ringler.
Tegel: Berliner Str. 65, Restaurant Lindengarten.
Reinickendorf-West: Eichhornstr. 87, Restaurant Schwentz.
Reinickendorf-Ost: Provinzstr. 84, Restaurant Bürgerheim.
Weißensee: Antonplatz 1, Restaurant Berliner Hof.
Charlottenburg: Bismarckstr. 57, Bogens Vereinshaus.
Steglitz: Schloßstr. 17, Restaurant Junius.
Friedrichsfelde: Prinzenallee 35, Restaurant Oskar Dorn.
Groß-Lichterfelde: Lankwitzer Str. 2/3, Restaurant Rich. Kerner.
Lichtenberg: Knorr-Promenade 2, Restaurant Logen-Kasino.
Adlershof: Neuer Str. 1, Restaurant Julius Liebtke.
Baumschulenweg: Kiefholzstr. 249, Restaurant August Krause.
Bernau: Zeppelinicker Str. 3, Restaurant Wallkasino.
Köpenick: Grünstr. 10, Restaurant Heinze.
Erkner: Berliner Str. 3, Restaurant Wiechert.
Friedrichshagen: Friedrichstr. 61, Restaurant Bruno Scholz.
Eichwalde: Goener Straße, Rest. Wiecherts Gesellschaftshaus.
Hennigsdorf: Hauptstr. 28, Restaurant Max Welter.
Hermsdorf: Kaiserstr. 1/2, Restaurant Zur Hütte.
Karlshorst: Treskow-Allee 75, Restaurant Wuttke.
Königswusterhausen: Restaurant Bahnhofshotel (Pfuhl).
Niederschönweide: Brückenstraße 15, an der Treskow-Brücke, Schultheiß-Restaurant.
Niederschönhausen: Kaiser-Wilhelm-Str. 84, Rest. Robert Klindt.
Potsdam: Wossenstr. 50, Café Bismarck.
Nowawes: Eisenbahnstr. 11, Eisenbahnhotel.
Siemensstadt: Nonnendamm-Allee 87, Rest. Wilhelm Müller.
Spandau: Potsdamer Str. 48, Ortsbureau des Zentralverbandes.

Kollegen und Kolleginnen im Zentralverband der Angestellten, seid am Sonntag auf dem Posten, kommt alle zur Wahl und wählt einmütig die

Liste Nr. 5

Franz Krüger, Gustav Felix, Max Mayntz.

Stadtverordnetenversammlung.

Arbeitslosendemonstration. — Vorsteherwahl. — Erhöhung der Krankenhausgebühren. — Sturmszenen. — Die Lustbarkeitssteuer.

Der Beginn der Sitzung verzögert sich, da vor dem Rathause starke Ansammlungen Arbeitsloser sich eingefunden und eine Deputation zum Stadtverordnetenvorsteher geschickt haben, um die schleunige Erledigung des Antrags Weyl wegen Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe zu betreiben. — Nach ½8 Uhr wird die Versammlung vom Vorsteher-Stellvertreter Wege mit der Mitteilung eröffnet, daß die Deputation das Verlangen gestellt hat, den betr. Antrag heute verhandelt zu sehen, daß ihr von Dr. Weyl bedeutet worden ist, daß das nicht angehe, daß der Ausschuß Freitag seine Beratungen fortsetzt und die Angelegenheit am 13. ihre Erledigung finden wird.

Zunächst hat in der ersten Sitzung des Jahres die Neukonstituierung der Versammlung zu erfolgen.

Zur Wahl der beiden gleichberechtigten Vorsteher und des ersten und zweiten Stellvertreters schlägt Hintze (U. Soz.) die Wiederwahl von Heimann (Soz.) und Dr. Weyl (U. Soz.) vor. v. Rebbinder (Zentr.): Die Wahl zweier gleichberechtigter Vorsteher ist mit der Städteordnung nicht vereinbar und hat sich auch nicht bewährt. Wir werden nur einen Vorsteher wählen. — Koch (Bg. Vgg.): Wir werden uns an der Wahl überhaupt nicht beteiligen. Wir haben nicht das Vertrauen, daß unser Verbleiben im Vorstande im neuen Jahre gewisse Vorkommnisse verhindern wird, durch die wir uns erheblich zurückgesetzt sahen. — Cassel (Dem.): Die Wahl zweier Vorsteher mit gleichen Rechten ist mit der Städteordnung auch nach unserer Ansicht nicht vereinbar.

Zu Vorstehern werden gewählt Heimann (S. P. D.) mit 75, Dr. Weyl (U. S. P.) mit 58 Stimmen. Heimann übernimmt den Vorsitz. — Die Wahl der beiden Stellvertreter wird vertagt. Zu Beisitzern werden durch Zuruf gewählt: Aug. Hintze (U. Soz.), Bruns (Soz.), Hallensleben (Dem.), Schädel (Zentr.), zu Beisitzer-Stellvertretern Frau Dennig (U. Soz.), Frau Hoppe (Soz.), Böser (Dem.), Frau Rindermann (Zentr.).

Nach dem Antrag der Demokraten wird entsprechend den Ausschußvorschlägen die Vermehrung der Bürgerdeputierten um 65 auf 291 beschlossen, um auch den kleinen Fraktionen eine Vertretung in den Deputationen und Kuratorien zu sichern.

Die Vorlage betr. das Mitbestimmungsrecht der städtischen Beamten wird von Herrmann (Soz.) dahin erläutert, daß die Wünsche der Beamtenschaft ursprünglich weitergegangen sind, daß sie sich aber bescheiden, wenn der Magistrat insbesondere hinsichtlich des Rechts zur gutachtlichen Äußerung großzügig verfahre. — Nach kurzer Besprechung wird die Vorlage unverändert angenommen. — Die Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten in den städtischen Krankenhäusern lehnt Dr. Weyl (U. Soz.) ab. In absehbarer Zeit werde ohnehin Groß-Berlin eine Tatsache sein; um so mehr sei es bedenklich, in der heutigen schweren Zeit den Zutritt zu den Berliner Krankenhäusern zu erschweren. Für den Mittelstand sei eine Verteuerung von 4 auf 7 M. täglich eine sehr harte Zumutung. Dr. Kollwitz (Soz.) begründet einen Antrag, angesichts der enormen Geldentwertung eine Erhöhung auf 6 M. eintreten zu lassen, womit auch die Krankenkassen sich noch abfinden könnten; die Erhöhung für Kinder auf 4,70 und für Auswärtige auf 12 M. nach dem Magistratsantrag hält die Fraktion unter den obwaltenden Umständen für angemessen. Kämmerer Böß tritt für die unverkürzte Forderung ein, die immer noch einen Zuschuß von 130 Proz. zu den Selbstkosten notwendig mache. — Dr. Weyl legt den Mehrheitssozialisten nahe, wenn sie schon überhaupt die Sätze erhöhen wollten, dann auch für die Kinder nicht über 4 M. hinauszugehen, die die Krankenhausdeputation für angemessen halte. Dr. Kollwitz ändert seinen Antrag dementsprechend.

Einen tumultuarischen Zwischenfall

führt der Stadtv. Stredter von der Bg. Vgg. herbei, indem er ausführt, die üble Finanzlage der Stadt sei die Folge der verbrecherischen Politik des 9. November, der Politik von Leuten, die dem Dr. Weyl näherständen als ihm. Der Lärm, der nach diesen Worten in den Reihen der U. Soz. ausbricht, ist so gewaltig, daß er dem Sprecher das Weiterreden un-

---

Die Märchen des Steinklopferhanns.

6] Von Ludwig Anzengruber.

Und als die beiden endlich doch, abgehetzt und hundemüde, das Talende erreichten und vor sich in die weite Fläche hineinlugten, da konnten sie sich noch weniger aus. Denn dort und da stieg über den Feldern kohlrabenpechschwarzer Rauch auf, es gab aber keinen Feuerlärm von all den Kirchtürmen rings in der Weite und dazu pfusterte und rädelte es fort und fort. Eisenbahn war über Nacht keine ins Land gekommen — nein, nein, das geht nicht so schnell, das hat ihnen einer gesagt, der selbst an einer solchen mitgegraben und geschaufelt hatte.

„Nun, und was ist's denn?" und „was war's denn nachher?" fragten die Leute, nachdem sie den verwirrten Bericht gehört hatten.

Da waren ihrer zwei am Ort, die sich heute schon oftmals mit einem überlegenen Blinzeln angesehen hatten, und das war der reichste Bauerssohn und das ärmste Dorfkind. Der eine so reich und der andere so arm, daß ihnen das an ihre Rufnamen angehängt wurde und so hieß der eine „der reiche Lois" und der andere „der arme Melcher". Und sonderbar, der arme Melcher wußte es so gut wie der reiche Lois, was da überm Berg vorging und wenn er's aus Bescheidenheit oder Demütigkeit vor den andern nicht aussagte, so war doch der reie Lois, so gern er sich auch sonst überheben mochte, diesmal auf die Bekräftigung seiner Worte durch den armen Melcher angewiesen.

Als es vorm Jahr hieß, „in Wien hätten sie alles, was in allen vier Enden der Welt gearbeit', gehandelt und gebaut würde, unter ein großes Dach gebracht und da könnt' jeder hineingehn und sich's anschau'n", da litt es weder den reichen Lois noch den armen Melcher mehr daheim, der eine ließ sich von seinem „Alten" das Reisegeld und einen schönen Zehrpfennig geben, der andere hat sich bis Wien durchgebettelt und dort Verwandte — der Himmel weiß, wohl wievielten Grades! — auffinden gewußt; ob es denen zur großen Freude geschah, tut nichts zur Sache; eine Woche herbergten sie ihn doch.

„Was wird's sein?" sagte der reiche Lois und streckte sich so hoch er war, und sah stolz um sich. „Was wird's sein? Der Oekonomiker, der Herr Graf enter 'n Berg schneid't mit Dampf — nit wahr, Melcher?"

Melcher nickte bekräftigend so leichthin mit dem Kopfe, als wäre das „Schneiden mit Dampf" der geringsten Kleinigkeiten eine, die er zu bestätigen wüßte, lohn' sich kaum der Müh' und wüßte „ihrer einer" noch gar andere Sachen.

„So, so, sagten die, die ins Tagwerken gingen. „So, so," und schüttelten die Köpfe. „Kämen s' richtig schon mit den Malefizmaschinen angerückt?"

Sie zweifelten gar nicht an dem, was der reiche Lois aussagte, sie hatten schon lange gefürchtet, davon hören zu müssen, und nicht nur, was der Mensch hofft, auch was er fürchtet, glaubt er leicht!

„Schneiden mit Dampf?" sagten die andern, denen die Sache nicht so nahe ging, und schüttelten zweifelnd die Köpfe.

Das war dem reichen Lois an die Ehr' gegriffen. „Ihr Feren, seid ihr dabei gewesen, wie unsereins, daß ihr so red't? Schneiden mit Dampf? — Warum nit? Man pflügt, man säet, man schneid't, man drischt mit Dampf! Meint man doch nit, man könnt' seinen eigenen Augen trauen, wenn man's mit ansieht, was man alles betreibt mit Dampf! Spinnt und webt man nicht, wäscht und mahlt man nicht, und weiß was sonst noch, alles per Dampf? Gelt, Melcher?"

Melcher nickte wieder bekräftigend und sagte aus: „man pflüge, säe, schneide, dresche, spinne, webe, wasche und mahle, und weiß was sonst noch, alles per Dampf."

„Schaut man so eine Maschin'," fuhr der reiche Lois fort, „glaubt man erst, das sei ein wahrer Höllenspuk, aber sieht man näher zu, kriegt die Sach' Händ' und Füß' und Kopf obendrein. Seht, obenaus geht der Rauch von der Feuerung in die Höh'" — Lois zeigt dabei nach seinem Hut, um den Leuten den Schlot der Maschine zu versinnlichen — „und hintenaus entweicht der Dampf." — Alle drängten sich herzu, um die Erklärung recht würdigen zu können, als aber gar der Lois ihnen zeigte, wie zur Seite rechts und links an langen Stangen die Sensen ins Korn hineinfahren und während die Maschine langsam vorwärts sich bewege, herumfuchteln, solange noch ein Halm auf dem Acker stünde, und als er bedauerte, ihnen das nur mit seinen zwei alleinigen Armen vormachen zu können, da der Sensen rundum wohl an fünfzig oder hundert, wenn nicht gar mehr wären, und als sich in dieser Not der Melcher ihm anschloß, und beide gar belehrend mit den Armen fuchtelnd über das Feld hinschritten, da zweifelte keiner mehr, die Mähmaschine stand leibhaftig als unantastbare Tatsache vor ihnen. Ganz unbestritten wie der Telegraph und ebenso einleuchtend wie der, so was Alltägliches, daß eigentlich keiner zu sagen wußte, warum ihm das nicht schon längst eingefallen sei, obwohl keiner seinem Buben widersprach, wenn der gelegentlich die Meinung an den Tag legte, daß an den langen Drähten gezogen würde und die Depeschen demnach aus lauter kleinen „Ruckerln" bestünden, die der Beamte am Arm oder Fuß, wo der Draht eben befestigt sei, verspüre.

War das Bescheidenheit, um vor den eigenen Kindern nicht mit dem Besserwissen zu prunken? Ach, die meisten Leute lassen sich noch heutzutags die ungereimtesten Wunder, die niemand und nirgends erlebt, als glaubwürdig einreden und an denen, inmitten deren wir leben, gehen sie gleichgültig vorüber; da seht zu, denn da sind lauter begreifliche Wunder, und da ziehet fromm den Hut, denn das hat der Menschengeist erdacht und errungen, und das ist Geist von eurem Geiste, und der heitere Stolz, der euch beschleicht, wenn ihr still vor euch hinsagt: „Das hat der Mensch erdacht!" Das ist der Gruß Gottes an die strebende, ringende Menschheit!

Mittlerweile aber ging es gar sonderbar auf dem Felde zu, wo der reiche Lois und der arme Melcher den Leuten die Mähmaschine vormachten, denn nicht lange währte es, so fühlte jeder große Lust, zu zeigen, daß an ihm die Belehrung nicht nutzlos aufgewendet worden wäre, und daß er das Ding jetzt schon „weg" habe, und so schloß sich erst einer, dann der andere dem voranschreitenden Lois an und bald schritten alle Mannleute in einer langen Kette hinter dem Führer daher und fuchtelten also anschaulich mit den Armen, und da waren jetzt wirklich rundum wohl an fünfzig oder hundert, wenn nicht gar mehr Sensen in Arbeit und so mähten sie über das leere Feld, daß es eine Freude war.

Ja, wenn einer was Neues lernt, so ohne Müh', das gibt viel Lust und Freud' und geht nichts über einen wackeren Lehrmeister, etwa wie der reiche Lois einer war.

(Forts. folgt.)

möglich macht; auch der Vorsteher Heimann kann die Ruhe nicht wiederherstellen und sieht sich gezwungen, die Sitzung zu vertagen. Nur sehr langsam läßt die allgemeine Erregung nach. Erst nach 20 Minuten ist die Wiederaufnahme der Verhandlungen möglich. Vorsteher Heimann stellt aus dem Stenogramm fest, daß der Redner von der verbrecherischen Politik gesprochen hat, die teilweise im letzten Jahre getrieben wurde von Leuten, „die Herrn Dr. Weyl mindestens ebenso bekannt sind wie mir". In diesen Worten, objektiv geprüft, liegt kein Vorwurf gegen ein einzelnes Mitglied; auch erkläre Herr Streiter ausdrücklich, den Ausdruck auf kein Mitglied der Versammlung bezogen zu haben. Herr Streiter giebt diese Erklärung auch noch persönlich ab, womit der „unliebsame" Zwischenfall erledigt ist. — Die Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten wird nach den Anträgen Kollwitz beschlossen. In den Sachverständigenausschuß auf Grund der Verordnung vom 9. Dezember 1919 (Mietsteigerungen) werden als Vertreter der Hausbesitzer Stadtvo. Ladendorff und Manasse, als Vertreter der Mieter Sedlatzek und Pattloch gewählt. Der Vorlage wegen Einführung des holländischen Gemüsebaues auf den Rieselgütern stimmt die Versammlung zu.

Die neue Lustbarkeitssteuerordnung,

die die bestehenden Sätze für Kinos erheblich erhöht und dieser Steuer auch die Theater, Konzerte usw. ohne jede Einschränkung unterwirft, wird von Levy (Dem.), Poetzsch (Soz.) und Alexander Katz (Z.) in der Hauptsache sympathisch aufgenommen; Poetzsch legt dabei ein gutes Wort für die Schonung der „Freien Volksbühnen" ein. Alle drei empfehlen Ausschußberatung. Entschieden ablehnend verhält sich Zubeil (U. Soz.), der dem Kämmerer vorwirft, die Vergnügungen der Reichen, der Schieber und Kriegsgewinner, frei zu lassen, die minderen Kunstgenüsse aber, die sich die Arbeiterschaft nur leisten könne, desto ausgiebiger zu einer Steuer heranzieht, die besser „Erdrosselungssteuer für kulturelle Zwecke" hieße. Die Vorlage sei direkt volksfeindlich. Das sei auch die Meinung des Ministeriums für Kunst und Volksbildung. Der Kämmerer legt sich energisch für die Vorlage und für die Ausdehnung des Kreises der Steuerobjekte ein; die früher unpopuläre Steuer werde mit jedem Tage populärer. Man könne diejenigen, die sich heute Theaterbesuch zu hohen Preisen noch zu leisten vermögen, nicht steuerlich bevorzugen, müsse sie vielmehr zu einer Vorausleistung heranziehen. Die Vorlage geht an einen sofort vom Vorstande ernannten Ausschuß. Die Ordnung über die Erhebung eines Zuschlags zur Reichszuwachssteuer und die Vorlage wegen Festsetzung der Gaspreise gelangen zur Annahme.

Gegen ¾10 Uhr Vertagung auf Dienstag.

Groß-Berlin

Nanu — —?

Atemlos kam mein Freund ins Zimmer gestürzt, in der Hand die Donnerstagabendausgabe der „Freiheit". Er sagte nichts, sondern zeigte nur auf eine Stelle der 4. Seite und ich las:

„Was sollen die Arbeitslosen vor dem Rathause? Gestern wurden auf den Straßen an Arbeitslose gedruckte Zettel verteilt, in denen zu einer gemeinsamen Kundgebung vor dem Rathause aufgefordert wird. Die Demonstration soll heute nachmittag 4½ Uhr vor dem Rathause in der Königstraße stattfinden. Die Aufforderung, die vom „Arbeiterrat der Arbeitslosen" unterzeichnet ist, sagt u. a.: Wollt ihr, daß eure Forderung Anerkennung findet, dann ist es Pflicht eines jeden Arbeitslosen, sich an dieser Massenkundgebung zu beteiligen.

Es ist völlig unklar, um welche Forderungen es sich im vorliegenden Falle handeln soll und warum die Arbeitslosen von dem Arbeiterrat ausgerechnet nach dem Rathause bestellt werden."

Eine kurze Weile sahen wir uns erstaunt an, dann wagte ich schüchtern den Einwurf: „Die wollen vielleicht vernünftig werden." Zweifelnd zuckte mein Freund die Achseln. „Das ist doch nur Futterneid bei [illegible]n Brüdern," entgegnete er, „sie fürchten, daß Spartakus [illegible]n den Rang abläuft und darum nennen sie „völlig unklar", was sie früher als eine „spontane" Kundgebung des revolutionären Proletariats feierten. — Oder haben die Unabhängigen etwa Angst, daß die Arbeitslosen, die ihnen so oft als Vorspann vor ihren Parteikarren dienen mußten, nach berühmten Mustern die Stadtverordnetenversammlung sprengen und die U.-S.-P.-Stadtväter vermöbeln werden — —?"

Wir fanden des Rätsels Lösung nicht, wurden uns aber darüber klar, daß die Unabhängigen trotz ihres Leipziger Parteitags immer noch nicht für die Moskauer Internationale reif sind.

Kinder- und Jugendwohlfahrt.

Am Donnerstagvormittag 10 Uhr wurde in dem unter der Leitung von Frl. Anna v. Gierke stehenden Charlottenburger Jugendheim ein zehntägiger Kursus eröffnet. Der Zweck der Veranstaltung ist die Einführung der als Stadtverordnete oder Bürgerdeputierte in der Jugendwohlfahrtspflege stehenden Frauen in die praktischen Probleme dieser Arbeit an der Hand eines kurzen Anschauungsunterrichts.

Die Kosten der Veranstaltung trägt das Ministerium des Innern. Die Teilnehmerinnen sind von den Verwaltungen der Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern entsandt. Von ihnen werden auch die Kosten der Delegation getragen.

Veranstalter des Kursus sind: Anna v. Gierke, Mitglied der Nationalversammlung; Dorothea Hirschfeld, Referentin im Reichsarbeitsministerium; Marie Juchacz, Mitglied der Nationalversammlung; Dr. Marie Elisabeth Lüders, Mitglied der Nationalversammlung; Mara Mende, Mitglied der Nationalversammlung; Oberbürgermeister Mützlaff, Geschäftsführer des Deutschen und Preußischen Städtetags; Heinrich Schulz, Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern; Helene Weber, Mitglied der Nationalversammlung.

Die Namen beweisen, daß es mit gutem Willen möglich ist, auf manchem Gebiet trotz der Verschiedenheit der Weltanschauung gemeinsam zu arbeiten.

Die einzelnen Tage des Kursus sind den verschiedensten Aufgaben der Jugendwohlfahrt gewidmet. So wird beispielsweise behandelt:

Am Donnerstag, den 8. d. M., zur Einführung die Fürsorge für die werdende Mutter; Freitag: Das Kind im Säuglingsalter; Sonnabend: Das vorschulpflichtige Kind; Montag: Das schulpflichtige Kind; Dienstag: Die schulentlassene Jugend, ihre Fortbildung und Behütung; Mittwoch: Die Fürsorge für die gefährdete Jugend; Donnerstag: Wohnungsnot und Jugendwohlfahrt; Freitag: Gesundheit und Jugendwohlfahrt; Sonnabend, 17. d. M., zum Schluß noch einmal zusammengefaßt: Die Probleme und Organisation der Jugendwohlfahrt.

Frl. v. Gierke eröffnete am Donnerstag den Kursus mit einem Rückblick auf ihre 9jährige Tätigkeit, die auf das engste verbunden ist mit der Geschichte der Charlottenburger Jugendwohlfahrt und des Jugendheims. Genossin Juchacz sprach Worte der Begrüßung und erläuterte den Zweck und die Entstehung der Veranstaltung.

Wir wünschen der Arbeit vollen Erfolg, der darin bestehen möge, daß die Teilnehmerinnen, unter denen wir einen erheblichen Teil Genossinnen begrüßen dürfen, voll befriedigt zu ihrer heimischen Arbeit zurückkehren und das Geschaute und Gehörte anwenden nach dem Motto: Prüfet alles und behaltet das Beste!

Die Erhöhung der Bierpreise.

Am Donnerstag nahmen in der „Neuen Welt" die Berliner Gastwirte-Organisationen zu der neuen Bierpreiserhöhung von 42 auf 65 M. pro Hektoliter Stellung.

Im Auftrag der Lokalkommission unterbreitete Röder die Vorschläge der Kommission zu den neuen Bierpreisen. Er verwahrte sich zunächst gegen den Vorwurf, daß die Gastwirte bei der Preiserhöhung der Brauereien untätig zugesehen hätten; sie seien gar nicht in der Lage gewesen, in die Verhandlungen, die zwischen dem Reichs-Wirtschaftsministerium und den Brauereien stattgefunden haben, einzugreifen. Nur zu einer Verhandlung, am 18. Dezember, sei eine Einladung an die Gastwirte ergangen. Als man dort mit scharfen Worten die Empörung der Gastwirte über die Preiserhöhung zum Ausdruck gebracht habe, habe man ihnen bedeutet, daß man in „solcher Tonart" nicht mit sich verhandeln lasse. Der Grund für die Bierpreiserhöhung der Brauereien läge einerseits in der Absicht, die bisher sehr schlecht gestellten Brauereiarbeiter in ihren Löhnen aufzubessern, andererseits aber auch in dem überraschenden Entgegenkommen, das die Regierung den Brauereien plötzlich gezeigt habe. Eine Einigung erfolgte damals nicht, und erst am 3. Januar erfuhren die Gastwirte aus dem „Reichsanzeiger", was ihnen bevorstehe. (Hätten sie den „Vorwärts" gelesen, dann würden sie schon zirka 14 Tage früher Kenntnis erhalten haben! D. Red.) Man stehe also vor einer vollendeten Tatsache. (Zuruf: Wie immer!) In einen Abwehrstreik gegen die Brauereien, das heißt, ihnen kein Bier mehr abzunehmen, könne man nicht eintreten. Man müsse infolgedessen an eine Neugestaltung des Bierpreises gehen. Diese sei durch die Preisprüfungsstelle in drei Gruppen geteilt worden. Zur Gruppe I gehören die kleineren und mittleren Gastwirtschaften, wo der Konsument einen Literpreis von 1,60 M. zahlen soll, zur Gruppe II die Saalbesitzer und Konzertlokale mit einem Literpreis von 2,40 M. und zur Gruppe III die großen Cafés, Kabaretts und Luxuslokale mit einem Literpreis von 3 M.

Der Vorsitzende Strauß teilte mit, daß die Weißbierbrauereien 3½prozentiges Bier zum Preise von 65 Mark pro Hektoliter liefern wollten.

Im Auftrage der Gastwirte Neuköllns verlangte Gommecker, daß zur Unterstützung des Lohnkampfes der Brauereiarbeiter der Bierpreiserhöhung zugestimmt würde, daß jedoch der Literpreis auf 1,80 M. erhöht werden solle. Von radikaler Seite wurde der Vorschlag gemacht, den Brauereien kein Bier mehr abzunehmen, sondern Selterwasser zu schenken. **An eine Bierpreiserhöhung könne man nicht denken, da die Gastwirte bei der Arbeiterschaft und beim Bürgertum durch den zweitägigen Streik schon in Mißkredit geraten seien.** Der Antrag der Lokalkommission wurde angenommen.

In einer angenommenen Resolution heißt es:

„Die Erhöhung des Bierpreises wird bedingt durch den Rückgang des Konsums, Erhöhung der Unkosten, Einschränkung der Polizeistunde, Umsatzsteuer und vieles andere mehr. Die Gastwirte bitten die Preisprüfungsstellen und das Publikum, ihrer außerordentlich schwierigen Lage Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. An den fortgesetzten Preissteigerungen sind die Gast- und Schankwirte schuldlos. Sie verlangen für sich nichts weiter, als gleichfalls leben zu können. Sie beschließen daher, in allen Lokalen Groß-Berlins die von der Lokalkommission vorgeschlagenen und festgesetzten Preise einzuführen."

Parteifunktionäre, Betriebsbeamten- u. Angestelltenvertrauensleute, Arbeiterräte der S. P. D.!

Wichtige Funktionärversammlungen am

Sonntag, den 11. Januar, vormittags 10 Uhr,

im Kriegervereinshaus, Chausseestr. 94. Desgleichen am

Montag, den 12. Januar, abends 6 Uhr,

in den Germania-Sälen, Chausseestr. 110.

Zutritt zu diesen Versammlungen haben nur die mit grünen Ausweiskarten und Mitgliedsbüchern versehenen Funktionäre. Soweit wie die in Frage kommenden Genossen nicht im Besitz der gültigen Ausweiskarten sind, wird darauf hingewiesen, daß die Abteilungsführer und Ortsvereinsvorsitzenden der Partei diese Karten ausgeben. Es werden alle Parteifunktionäre und alle Vertrauensleute zur Teilnahme aufgefordert, damit jeder in der Lage ist, über den Verlauf der Beratungen den Genossen Bericht erstatten zu können.

Der Bezirksvorstand.

Geständnis des Raubmörders Dobrik.

Der Raubmord an der Kartenlegerin Dummik in der Gipsstraße hat jetzt seine völlige Aufklärung gefunden. Nach anfänglichem Leugnen hat der Mörder Kurt Dobrik ein umfassendes Geständnis abgelegt. Besonders schwer belastet wurde Dobrik durch die am Tatort vorgefundenen Schnürschuhe. Seine Geliebte hatte ausgesagt, daß er sich die Schuhe der Ermordeten angezogen und dafür die seinigen zurückgelassen hätte. Als ihm die Schuhe gezeigt wurden, behauptete er zunächst, daß es nicht die seinigen seien. Inzwischen hatten aber die Beamten ermittelt, daß Dobrik die Schuhe wenige Tage vorher einem Freunde unterschlagen hatte. Dieser Freund wurde ihm gegenübergestellt und er bekundete, daß es seine Schuhe seien, die in der Wohnung der Ermordeten vorgefunden seien. Nun konnte Dobrik nicht mehr streiten und gab zu, daß Verbrechen ausgeführt zu haben, und zwar schon am Sonntag, den 28. Dezember. Er gesteht jetzt auch ein, daß die Heinrichsen nur Zeugin bei dem Verbrechen gewesen sei. Er sei in der Absicht hinaufgegangen, um den Studenten zu bestehlen. Plötzlich während seines Besuches bei der Schneiderin sei ihm dann der Gedanke gekommen, diese umzubringen und zu berauben. Er habe sich, als sie den Kaffee in das Zimmer brachte, auf sie gestürzt, auf das Bett geworfen und solange gewürgt, bis sie regungslos liegen blieb. Ein wahrer Blutrausch habe ihn überfallen und er selbst habe sich durch laute Zurufe angefeuert. Seine Geliebte habe zitternd dabei gestanden und nur durch seine Befehle habe er sie zu bewegen gewußt, die Streichhölzer zu holen, um im Wohnzimmer der Ermordeten Licht zu machen und dort alles zusammenzuraffen.

Die Städte zur Brotversorgung.

Die dem Aufsichtsrat der Reichsgetreidestelle angehörigen Vertreter der deutschen Städte haben beim Vorsitzenden des Aufsichtsrats beantragt, letzteren schleunigst einzuberufen, um über den Vorrat und die Zufuhr der Reichsgetreidestelle im einzelnen unterrichtet zu werden. Die deutschen Städte erachten die bisher gegebenen Erklärungen nicht als ausreichend, um Sicherheit in der Mehlversorgung auch nur für die nächste Zukunft zu bieten und halten es für ihre Pflicht, sich davon zu überzeugen, ob die Eingänge in der Reichsgetreidestelle sich entscheidend heben. **Bisher liegt dafür ein Anzeichen nicht vor.**

Vermischte Lokalnachrichten.

Auf dem Bahnsteig in Treptow starb plötzlich ein Unbekannter von etwa 42 bis 45 Jahren. Der Mann fiel, während der Zug hielt, rücklings aus dem Abteil auf den Bahnsteig und starb gleich darauf. Die Leiche wurde nach der Halle in Baumschulenweg gebracht. Bei ihr fand man eine Monatskarte, die über die Strecke Treptow—Alexanderplatz und auf den Namen Ferdinand oder Friedrich Harke oder Herke lautet. — Von einem neunjährigen Mädchen wurde in einer Wohnung in der Prager Straße ein Einbrecher verscheucht, der trotzdem erhebliche Beute machte. Er durchschnitt mit einer Schere die Sicherheitskette vor der Tür, leuchtete mit einer Blendlaterne in der Wohnung umher und weckte so das Kind. Dem Einbrecher fielen zwei Gegenstände in die Hände: ein massiv silberner Blumenaufsatz, der etwa 20 000 M. kostet, und ein Gehpelz im Werte von 4000 M. Auf die Wiederbeschaffung ist eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt. — Die beschleunigten Personenzüge ab Charlottenburg 10.58 vorm. und an Schlesischer Bahnhof 5.15 nachm., die bisher zwischen Berlin und Kattowitz verkehrten, werden von Montag ab in D-Züge umgewandelt. Zwischen Berlin und Jüterbog verkehrt ein neues Zugpaar, und zwar ab Anhalter Bahnhof 5.30 früh. Der Zug aus der Gegenrichtung trifft um 6.41 nachmittags Anhalter Bahnhof ein. Beide Züge verkehren nur an Werktagen. — Telegramme nach Rumänien können ohne Beschränkung wieder aufgenommen werden. Wortgebühr bis auf weiteres 85 Pf. — Vom 15. d. M. ab finden die Führungen in der Nationalgalerie und im Kronprinzenpalais nicht von 12—1, sondern von 11—12 Uhr statt. Dienstag, Mittwoch in der Nationalgalerie, Donnerstag, Freitag und Sonnabend im Kronprinzenpalais.

Zwei Waffenschmuggler wurden von der Kriminalpolizei gestellt. Auf einer Streife fiel einem Beamten am Bahnhof Friedrichstraße ein Mann auf, der sich mit einem schweren Handkoffer schleppte. Er hielt ihn an, stellte ihn über den Inhalt des Koffers zur Rede und erhielt die Antwort, daß er mit einem Reisegenossen sich auf der Durchfahrt nach Halle befinde. Dieser Reisegenosse entpuppte sich als ein Kaufmann Knappe aus der Burgstraße, der Kofferträger selbst war ein Arbeiter Voß aus Halle. Die Untersuchung ergab, daß der Koffer nicht gewöhnliches Reisegepäck enthielt, sondern 60 Pistolen und 3000 Schuß Munition. Voß erzählte nun, er sei mit Knappe in Goslershausen in Westpreußen gewesen und habe dort die Waffen und die Munition für ostpreußische Rittergutsbesitzer aufgekauft. Es besteht der dringende Verdacht, daß die beiden die Waffen und die Munition in Berlin zusammen gekauft haben, um sie den Polen oder den Bolschewisten auszuliefern, durch die scharfe Grenzkontrolle aber gezwungen wurden, wieder umzukehren, um eine bessere Gelegenheit abzuwarten. Gegen Beide wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

Charlottenburg. Die Stadtverordnetenversammlung wählte am 7. d. Mts. die Mitglieder des Vorstandes der Stadtverordnetenversammlung Charlottenburg. Genosse Dr. Borchardt wurde mit 48 Stimmen zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt. Als Stellvertreter mit gleichen Rechten wurden der Demokrat Dr. Frenzel und das Mitglied der Bürgerlichen Fraktion Dr. Markuse gewählt. Die Wahlen der Mitglieder für den Wahlausschuß, Petitionsausschuß, Rechnungsprüfungsausschuß und den Ausschuß zur Prüfung von Stadtverordnetenwahlen wurden auf Grund der eingereichten Vorschläge en bloc vorgenommen. Ferner wurden ein Ausschuß zur Ausgestaltung der Volksbildungsarbeit gewählt, in dem von der sozialdemokratischen Fraktion die Genossen Frau Zucker, Dr. Rosenfeld, Staller und Horlitz vertreten sind. — Die Vorlage betreffend Abänderung der Satzungen des Wohnungsverbandes Groß-Berlin, wonach Charlottenburg einen Mieter in den Sachverständigenausschuß des Wohnungsverbandes zu wählen hat, wurde angenommen. Die Mehrheit der bürgerlichen Fraktion setzte die Wahl des Rechtsanwalts Dr. Goebel durch. — Der Erwerb der Entbenzolisierungsanlage, welcher der Stadt durch den Reichsschatzminister angeboten wurde, wird beschlossen. — Für die Hochbauverwaltung, die Fortbildungsschulen, den Straßenbau und die Beschaffung von Schreibmaterialien und Lernmittel für unbemittelte Kinder der Gemeindeschulen werden Nachbewilligungen genehmigt. — Zum Schluß wird die Errichtung eines Kleingarten-Bauamtes beschlossen, welches den kleinen Pächtern Ratschläge für die rationelle Bewirtschaftung ihrer Gärten geben soll.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Infolge der großen Funktionärkonferenz fällt die für Sonntag, vormittags 10 Uhr, anberaumte Konferenz der in der Jugendbewegung tätigen Genossen aus. Es erfolgt eine neue Einladung.

6. Abt. Sitzung aller Funktionäre und Betriebsvertrauensleute, Montag ½8 Uhr bei Schult, Marienborner Str. 5.

27. Abt. Sonntag, vormittags 9½ Uhr, Sitzung der Bezirksführer und Betriebsvertrauensleute bei Dobroslaw, Swinemünder Str. 11, am Arkonaplatz. Äußerst wichtige Tagesordnung.

Schmargendorf. Morgen 8 Uhr, im Grunewaldkasino, Hubertusbader Str. 7—9: Zahlabend. Sonnabend: Funktionärsitzung daselbst.

Jugendveranstaltungen.

Zentraljugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, I. Aufgang, 3 Tr. Sonntag, den 11. Januar, abends 7 Uhr, Lichtbildervortrag: „Die drei Hansastädte Hamburg, Bremen, Lübeck". — Freitag, den 9. Januar, abends 7 Uhr: **Königswusterhausen.** Mitgliederversammlung, Restaurant „Zum Luftschiff". — **Lichtenberg.** Leseabend, Jugendheim, Parkaue 19. — **Neukölln Süd.** Jugendheim, Rogatstr. 53, Diskussionsabend. — **Niederschönhausen.** Vortrag „Die Theorien der Weltentstehung", bei Reibe, Kaiser-Wilhelm-Str. 10. — **Osten.** Jugendheim, Gemeindeschule Straßmannstr. 6. Vortrag: „Durch die Jugendbewegung zur Arbeiterbewegung". — **Schönhauser Vorstadt II.** Jugendheim, Pappelallee 41/42. Vortrag: „Schule und Leben". — **Süden.** Jugendheim, Wilmstr. 10 (nahe Bärwaldstraße). Vortrag: „Ein russisches Grenzabenteuer". — **Treptow-Baumschulenweg.** Jugendheim, Elsenstr. 3. Vortrag: „Die Geschichte der proletarischen Jugendbewegung". — **Wedding.** Heute 7 Uhr, in der 305. Gemeindeschule Lüttticher Str. 8, Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung. Des Kohlen- und Lichtmangels wegen können die Veranstaltungen im Jugendheim vorläufig nicht stattfinden und fallen dieselben daher am Sonntag und Dienstag aus. Die Wiedereröffnung des Jugendheims wird durch die Presse bekanntgegeben. — **Westhavelland.** Jugendheim, Moellpromenade (Ledigenheim), Diskussionsabend.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Zentralverband der Angestellten. (Bildungsausschuß) Sonnabend, 7½ Uhr, in der Friedrich-Werderschen-Realschule, Niederwallstr. 12. Vortrag über „Bilanzkunde". — **Arbeiterstenographenbund Interkystemal.** Sitzung Freitag, 7 Uhr, bei Handke, Fruchtstr. 71. Anfängerkursus beginnt am 2. Februar. Kursusgeld beträgt 10 M., Kursusdauer 16 bis 20 Stunden. — **Hauptausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege.** Unterstaatssekretär Schulz spricht heute im Landeshaus Matthäikirchstr. 18/25 über: Jugendfürsorge, -Pflege und -Bewegung.

Briefkasten der Redaktion.

R. G. 40. Fragen Sie beim Nachrichtenamt der Stadt Berlin (Dr. Breuer), Rathaus, an. — **A. B. 10.** Ein derartiges Verzeichnis gibt es nicht.

Sch. 13. 1. u. 2. Die Wochenhilfe wird von derjenigen Kasse gewährt, der Ihre Frau angehört. 3. Nein. — **M. R. 300.** Nein. — **P. B.** Polizeipräsidium Berlin. — **H. 3.** 1. An diejenige Stelle, die die Unfallrente festgesetzt hat. 2. Ja. — **Berlin SS.** 1. Wenden Sie sich an die Pommersche Landgesellschaft, Stettin, Königsplatz 1a. 2. Voraussetzung einer Kapitalabfindung ist die Anerkennung des Versorgungsanspruches. Bitten Sie um Beschleunigung des Rentenverfahrens.

Aus aller Welt.

Wilson nach Kalifornien? Amerikanische Blätter melden aus Washington, daß der frühere Schatzsekretär und Schwiegersohn Wilsons, William Mac Adoo, schon vor einiger Zeit in der Nähe des Städtchens Santa-Barbara in Kalifornien, das wegen seines sonnigen, fast tropischen Klimas bekannt ist, eine Besitzung angekauft hat, die sich durch ihre Lage am Fuße eines Hügels auszeichnet. Das Besitztum soll geteilt werden. Ein Teil ist für Wilson bestimmt, der andere für Mac Adoo. Dorthin, so berichten die Zeitungen, will sich Wilson zurückziehen, wenn er das „Weiße Haus“ verläßt, dort wird er Heilung von seiner Krankheit suchen, dort wird er die Geschichte des großen Krieges, des Friedensvertrages und der Bildung des Völkerbundes schreiben. — Vielleicht gräbt er auch nach dem Gold seiner 14 Punkte . . .

Eine dramatische Hinrichtung. Der französische Soldat René Saumureau, der im Oktober 1915 an der Front von Sauchy seinen Sergeanten Sarda nach einem Streit durch einen Revolverschuß verletzt hatte, ist dieser Tage auf dem Polygon von Le Mans durch die Kugel hingerichtet worden. Saumureau hatte das Urteil gelassen aufgenommen und war auch am Tage der Hinrichtung durchaus ruhig. Im letzten Augenblick, als das Exekutionskommando ihm bereits gegenüberstand, erhob er jedoch beide Arme und rief mit schallender Stimme: „Nieder mit Frankreich! — Es lebe Deutschland!“ — Jetzt wird der Durchschnittsfranzose überzeugt sein, daß die Hinrichtung am Platze war.

Was war wichtig im Weltkrieg? In den leider verbrannten Akten des Militär-Polizeimeisters von Bukarest befand sich folgendes Aktenstück: „Tagebuch Nr. 41041/18. Umlauf bei sämtlichen Abteilungen! Sofort! Hektor, der Hund des Herrn Major V., hat heute im Gebäude der Kommandantur die Hundepeitsche, die er im Maul trug, verloren. Es wird gebeten, nach dem Verbleib der Peitsche zu fahnden. Auf Befehl: I., Leutnant und Adjutant. Im Auffindungsfalle ist sie bei Abteilung 1 abzugeben. Sofort an Abteilung 1, 2, 3, 4 usw.“ Das Datum fehlte; es war am 16. Juni 1918, was der Nachwelt wohl nicht vorenthalten bleiben darf. Der Vorfall erinnert an eine Feststellung des Kunstwarts: Wir wissen ja, wir interessieren uns nur fürs Große. Zum Zeugnis dessen etwas aus dem „Bornaer Tageblatt“. Das hatte als Teilnehmer einer Dankaudienz beim König zunächst den Seminardirektor des Ortes, dann zwei Realgymnasiallehrer genannt. In der Nummer vom nächsten Tage brachte es aber eine „Berichtigung“: In der vorigen Nummer hatten wir die drei Herren aus Borna genannt, welche vom König am Sonntag in Audienz empfangen worden waren. Hierbei ist jedoch im Drange der Arbeit eine Abweichung von der Reihenfolge der Audienzliste in der „Sächsischen Staatszeitung“ insofern unterlaufen, als Herr Studienrat Professor Dr. H. an zweiter Stelle, statt an der ersten, aufgeführt wurde. Es hätte vielmehr heißen müssen: Studienrat Professor Dr. H., Schulrat J. und Oberlehrer Z. Auf an uns gerichteten Wunsch mag diese Ungenauigkeit hiermit nachträglich festgestellt und ausgemerzt werden. Ja, Mitdeutsche, wenn wir zu stolz werden wollen: derlei ist auch noch bei uns möglich!

In Kairo wurde ein italienischer Musikant, der angeblich versucht hatte, einen Truppenkordon zu durchbrechen, von einem britischen Soldaten getötet. Die Italiener befinden sich in größter Erregung. Die meisten Orchester streiken und „ägyptische Agitatoren bauschen“ die Angelegenheit zu einem politischen Vorfall ersten Ranges auf.

Das Erdbeben in Mexiko zerstörte in der Provinz Vera Cruz ein Dutzend Städte oder Dörfer ganz oder teilweise. Die Stadt Calcahulco (?) soll in einem Abgrund verschwunden, von dem ganzen Orte nichts übriggeblieben sein als eine mit Trümmern angefüllte Grube.

Grobe Ungebühr. Im „Altmärker Volksfreund“ zu Stendal inseriert einer den Hosenträger „Liebknecht“. Fehlt nur noch das Korsett „Rosa Luxemburg“.

Wilhelm arbeitet mit den anderen Amerongern, um durch Erhöhung des Dammes die Ueberschwemmungsgefahr zu bannen.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Ziemlich milde, veränderlich, überwiegend bewölkt, mit öfter wiederholten, im Norden vielfach starken, im Süden meist schwächeren Niederschlägen.

3 FÜHRENDE MARKEN REINER WEINBRAND

GOLDSTÜCK · URSTÜCK · EDELSTÜCK

Jacob Stück Nachfl. Weinbrennereien Hanau a/M.

General-Vertreter: Vertriebsgesellschaft für Brennerei-Erzeugnisse m. b. H., Berlin W 9, Potsdamer Str. 23a. Telephon: Kurfürst 743.

Am 6. Januar verschied plötzlich an Herzschlag unser lieber Mitarbeiter, der Buchbinder

August Nentwich

im 60. Lebensjahre.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Personal u. Geschäftsleitung der Vorwärts-Buchdruckerei.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. d. M., vormittags 10 Uhr, auf dem Hedwigskirchhof in Reinickendorf statt.

Durch einen Unglücksfall verschied plötzlich der Fondsmakler

Martin Mahn

im Alter von 59 Jahren.

In tiefstem Schmerze

Die Hinterbliebenen.

Berlin-Friedenau, Wielandstraße 7.

Der Tag der Beisetzung wird noch bekannt gegeben.

Bekanntmachung.

Die von der Stadtgemeinde Berlin für das **Etatsjahr 1919** geleisteten Beiträge zu den **Kosten für die Handwerkskammer zu Berlin** sollen nebst den aus dem Vorjahr übernommenen Ausfällen durch **Umlage auf die hiesigen Handwerksbetriebe** zur Wiedereinziehung gelangen. **Umlagepflichtig** ist jeder Inhaber eines hiesigen Handwerksbetriebes einschließlich der Hausgewerbetreibenden. Der Beitrag wird für das Rechnungsjahr in **einer** Summe erhoben. Den **Maßstab** für die Festsetzung des Beitrages bildet die **staatlich veranlagte Gewerbesteuer,** soweit sie auf dem Ertrage des Handwerks beruht. Bei Handwerkern, die neben dem Handwerk noch ein anderes nicht zum Handwerk zählendes Gewerbe betreiben (z. B. Handel oder Gastwirtschaft), ist der staatlich veranlagte Gewerbesteuersatz soweit zu kürzen, daß der zur Veranlagung zu Grunde zu legende Steuersatz sich zum Gesamtsteuersatze verhält, wie der Ertrag des Handwerks zum Gesamtertrage. Für das Rechnungsjahr 1919 werden **40 vom Hundert des Gewerbesteuersatzes** erhoben.

Besondere Benachrichtigungen über die Höhe des von jedem Betriebsinhaber zu leistenden Umlagebeitrages ergehen nicht, dagegen liegen die Kataster, aus denen die umlagepflichtigen Betriebsinhaber und die von ihnen zu entrichtenden Beiträge zu ersehen sind, **in der Zeit vom 12. bis 25. Januar 1920** während der Stunden von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 1 Uhr (mit Ausnahme der Sonntage) in unserer Geschäftsstelle, Gewerbebureau, Goenbauer Straße 32, 2 Treppen, Zimmer 1, offen aus. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Veranlagung sind **bei uns schriftlich** unter Angabe der Gründe anzubringen. Die Einziehung der Beiträge erfolgt durch die städtischen Steuererheber im Vierteljahr Januar-März 1920. Betriebsinhaber, deren Wohnung im Bezirk der Steuerkassen **I a, III oder VII c** liegt, entrichten die Beiträge an die genannten Kassen direkt; die Einziehung für die zu den Kassen **I a, III oder VII c** gehörenden Betriebsinhaber erfolgt daher **nicht** durch die städtischen Steuererheber. Gesuche um Zahlungsstundungen sind nur an die Steuerdeputation des Magistrats, Abteilung III, zu richten.

Berlin, den 5. Januar 1920

Gewerbedeputation des Magistrats.

Weise.

BORAXIL

Preisausschreiben

Prämien erhalten:

Frl. A. Kloos, Berlin	4. Preis	50 M.
H. Rüdiger, Friedenau	4. "	50 "
Frau Charlotte Schneider, Baumschulenweg	5. "	20 "
M. Adolf, Halensee	5. "	20 "
Victor Lebenthal, Berlin NW.	5. "	20 "
Auguste Korber, Berlin N.	5. "	20 "
Fritz Wisse, Tempelhof	5. "	20 "
Frieda Hering, Berlin N.	5. "	20 "
Friedr. Frese, Gerersdorf a. O.	5. "	20 "
Sophie Wellano, Steglitz	5. "	20 "
Rudolf Hermann, Friedenau	Trostpreis	5 "
Paula Schindler, Friedenau	"	5 "
Paul Liesicke, Tryppehna bei Zeddenick	"	5 "
Else Müller, Wilmersdorf	"	5 "
Frau J. Dahlke, Berlin N.	"	5 "
Emil Prager, Berlin C.	"	5 "
Johanna Lux, Berlin W.	"	5 "
Richard Krohn, Niederschönhausen	"	5 "
Hermann Siering, Charlottenburg	"	5 "
Karl Schwieger jr., Wilmersdorf	"	5 "
Else Barnick, Berlin SW.	"	5 "
Joachim Hans Wilde, Berlin W.	"	5 "
Max Klemp, Berlin NO.	"	5 "
Willy Raschke, Markendorf	"	5 "

Fortsetzung folgt.

KRISCH GESELLSCHAFT m. b. H.
Chemische Fabrik.
Berlin SW, Zimmerstraße 13.

Zigaretten.
Rein überseeischer Rauchtabak für alle Pfeifen.
Zigarren.
Preisliste gratis.
Albers & Bausch
Bremen 27.

Landgerichtsrat a. D. Dr. jur. Wilhelm v. Kirchbach pers. z. sprechen Potsdamer Str. 115 (Lützowstr.) Langjähr. Erfahr. Zuverläss. Rechtsbeistand in Ehe-, Alimenten- u. Vertrauenssach., Gesuche, Verträge, Ermittelungen. — Beobachtungen Tel. Lützow 7404

Giftfreie Kuren ohne Berufsstörung beseitigen Haut-, Harn- u. Unterleibsleiden, wo alles andere versagte. Keine Einspritzungen.
Natura-Institut. Aerztliche Leitung.
Blücherplatz 3 (direkt am Halleschen Tor).
Sprechstunden von 10—1, 4—8 Uhr u. Sonntags 11—1 Uhr.
Blut-, Harn-, Sputum-Untersuchungen usw.
Aerztliche Beratung oder schriftliche Auskunft kostenlos.

Giftfreie naturgemäße Behandlung von Haut-, Harn- und Unterleibsleiden ohne Berufsstörung. Aufklärende, belehrende Broschüre für 1 Mk. portofrei in verschlossenem Umschlag ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann,
Berlin 11, Potsdamer Straße 123 B.
Sprechzeit: 9—11, 2—4, Sonntags 10—11.

Kupfer, Messing, Zinn, Zink, Blei sowie sämtl. Alt- u. Edelmetalle kauft höchstzahlend
Metall-Einkaufs-Zentrale, Kottbuser Damm 66.
Amt Moritzplatz 13580.

!!! Geld !!! für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

Dänischer Kautabak Original 25-Derr-Packg. 3,20 M. Selbstv. Gastw. Kantinen. Karl K. Maxheimer, Berlin O 112, Sonntagstr. 6 (am Bahnhof Stralau-Rummelsburg). (72/18

Sofa oder Klapptisch, fast neu, verkauft 6650 Verwalter, Bautzener Str. 16.

Spezialarzt Dr. med. Grütering
Haut-, Harn-, Unterleibsleid. b. Männ. u. Frauen, Blutunters. Invalidenstraße 39, Ecke Chausseestr., Stett. Bhf. Spr. 11-1 u. 4½-5½, Sonnt. 11-12.

Möbel auf Kredit! und gegen bar Wohn-, Schlaf-, Speisezimmer moderne Küchen- sowie Einzel-Möbel zu kulantesten Bedingung. liefert
Grebler G. m. b. H.
Weinbergsweg 4.

Höchste Preise über Tageskurs zahlt für Gold
Münzen, Medaillen, Schmuck etc.
Platin pro Gramm Mark 142.—
Eigene Schmelze · Direkte Verwertung
Metallkontor, SW 68, Alte Jakobstr. 138
Silber
Münzen, Abfälle, Bestecke, Löffel
Silbernitrat (Höllenstein)
Quecksilber
Metallkontor Berlin Alte Jakobstr. 138 Moritzplatz 12888
Gegründet 1903

Ständig großes Lager in Zigarren
sämtlicher Preislagen Lagerbesuch lohnend. Probeverk. v. Kuhn
Friedrich & Gonda, Berlin SO. 33, Stralitzer Str. 49 50.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 2385.

Goldmünzen, Silbermünzen, kauft höchstzahlend Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstraße 31 Tel.: Alexander 4343.

Seeligs Möbelhaus nur Elsasser Straße 8
Speicherei im Fabrik-Gebäude. Ständige Gelegenheitskäufe in neuen und gebrauchten Wohnungs-Einrichtungen, von d. einfachsten bis zu den vornehmsten.
Herren-, Speise- und Schlafzimmer besonders preiswert. Bunte Küchen von M. 175.— an.
Spezialität: Kleiderschränke, Vertikows, Bettstellen, staunend billig.
Verkaufszeit von 9—7 Uhr.
Der weiteste Weg macht sich bezahlt.

Platin pro Gramm M. 142.—
Metallkontor Alte Jakobstraße 138
Telephon: Moritzplatz 12888

Messing 6,50 M.
Kupfer 11 M., Zinn bis 36 M., Rotguß 9 M., Zink u. Blei 3,50 M. per Kilo zahlt nur
Produkten-Handlung Dresdener Straße 14 am Kottbuser Tor.
Fernsprecher: Moritzplatz 135 28.

Gute Antiquitäten An- und Verkauf ALTKUNST G. m. b. H. Wilhelmstr. 40 A

Juwelen Perlen An- und Verkauf Margraf & Co. G. m. b. H. Kanonierstraße 9 Tauentzienstr. 13A.

Gold- u. Silbermünzen Gold- und Silbermedaillen kauft jeden Posten zu allerhöchsten Preisen
Metallkontor Berlin SW. 68, Alte Jakobstr. 138 Telephon: Moritzplatz 12888

Elektro-Motoren samt Zubehör kaufe laufend zu Tagespreisen. Unterhalte bedeutendes Lager.
Ing.-Büro Theo Boeser Berlin W 30, Stübbenstr. 3 Tel.: Lützow 5760.

Platin Mark 132,00 per Gramm, alte Gebisse bis 100,— Mark, Gold- und Silbermünzen kauft 140/20 a*
E. Hausdorf, NO. 18, Palisadenstr. 11, v. II.

Gold-Münzen Silber-Münzen Platina, Pl.-Zähne nicht unter 8 Mark. Alte Gebisse kauft E. Hausdorf, Palisadenstr. 11, v. II.

Blei! Zinn! Weißme all!
alle Legierung., jede Menge, zu höchstem Tagespreis kauft Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31 (Alex. 4343).

Spez.-Behandlg. Haut-, Harn-, Unterleibsleiden und nervöse Schwäche. Schnelle, sichere Behandlg., möglichst ohne Berufsstörung. 19jähr. Praxis.
Kühn, Andreasstr. 75, Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Bhnh. Sprechst. 10-12, 5-½8. Sonnt. geschlossen.

Bartflechten Wunderbare wirkt hat bei mir Ihr Bartflechtenmittel „Parasan“. Es ist von allen Mitteln das beste, was ich seit vier Jahren angewendet habe. Bestrahlungen und alles andere haben nicht so geholfen, wie Ihr berühmtes Spezialmittel. — Derartige Anerkennungen wiederholt. Bereits tausende befreit. Mark 9,50. Otto Reichel, Berlin 43 SO. Eisenbahnstr. 4.

Umlernen muß heute die ganze Welt, jedoch gar mancher wird davon besonders schwer betroffen. Er muß den ihm lieb gewordenen Beruf aufgeben und steht damit vor einer fast unlöslichen Aufgabe. Das beste Mittel, sich einen neuen Beruf, eine bessere Stellung zu verschaffen, bietet die Methode Rustin (5 Direktoren höherer Lehranstalten, 22 Professoren als Mitarbeiter), ohne Lehrer durch Selbstunterricht unter energischer Förderung des einzelnen durch den persönlichen Fernunterricht. Wissenschaftl. geb. Mann, Wissensch. geb. Frau, Geb. Kaufmann, Geb. Handlungsgehilfin, Bankbeamte, Einj.-Freiw.-Prüfg., Abit.-Exam., Gymn., Realgymn., Oberrealschule, Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschullehrerprüfg., Zweite Lehrerprüfg., Handelswissenschaften, Landwirtschaftsschule, Ackerbausch., Präparand., Konservatorium. Ausführl. 60 S. starke Broschüre über bestandene Examen, Beförderungen im Amte, im kaufmännischen Leben usw. kostenlos durch
Bonneß & Hachfeld, Potsdam, Postf. 224

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch
Gegründet 1876.

BERLIN O 112, Rigaer Str. 71—73a
Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee, empfiehlt gute preiswerte Möbel. Einrichtungen in jeder Preislage. Ganz besonders große Auswahl in Schlaf-, Speise-, Wohn-, Herrenzimmern jedem Geschmack entsprechend.
154 Musterräume, Lagerraum 6000 □ Mt. pr.
Versand nach allen Plätzen Deutschlands. Besichtigung lohnend, ohne Kaufzwang.
Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern.
Wochentags von 8½—7 Uhr geöffnet.

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht, kauft höchstzahlend Ingenieurbureau Schlichting Berlin W 9, Linkstraße 16. Tel.: Lützow 1708 und 9818.

Pl.-Zähne nicht unt. 8 M.
Alte Gebisse, Goldsachen, Silbersachen, Gold- und Silbermünzen, Platina kauft Frau Knuth, Zionskirchstr. 34, v. II. 140/20c*

Tabak, großblättrig, gelbbraun, Pfd. 18 M., verkauft Lagerkarte 55, Postamt SW 61. 6606*

Sichere Existenz od. Nebenverd. bis 150 M. tägl. durch uns reell. Bei Anfragen Rückporto Chiffre Sp. 713 Rudolf Mosse, Spandau. 20/6

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
V. Sinfonie-Konzert.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Die Räuber.
Anfang 6½ Uhr.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7½ Uhr: **Und Pippa tanzt.**
Sonnab. 7½: Und Pippa tanzt
Kammerspiele.
7 Uhr: **Advent.**
Sonnabend 7: Advent.
Gr. Schauspielhaus
Karlstraße.
7½: Orestie (27. Abt., 1. Abd.)
Sbd. 7½: Orestie (auß. Ab.)

Theater i. d.
KöniggrätzerStraße
7: Die Stützen der Gesellschaft
Sbd.: **Schloß Wetterstein**
Sonntag nachm.: **Erdgeist.**
Ab.: Die Stützen d. Gesellschaft
Komödienhaus
7½ Uhr: **Sie.**
Berliner Theater
7.15 U.: **Bummel-Studenten.**
m. d. neuen Operett.-Parodie

Central-Theater
7½ U.: **Fräulein Puck.**
Deutsches Opernhaus
6 U.: **Meistersinger v. Nürnberg**
Die Tribüne
7¼ U.: **Franziska.**
Eden-Theater
7½ U.: **„U. A. w. g."**
Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ Uhr: **Gretchen.**
Kleines Theater.
7½ Uhr: **Die Pfarrhauskomödie.**
Kl. Schauspielhaus.
7½ U.: **Die unberührte Frau**
Komische Oper
7¼ U.: **Dichterliebe.**
Sonnt. 3: Schwarzwaldmädel.
Lustspielhaus
Arnold Rieck in:
7½ Uhr: **Der Großstadt-Kavalier**
Metropol-Theater.
7.10 Uhr: **Sybill**
Sonnt. 3 Uhr: Charleys Tante mit Thielscher
Neues Operettenhaus.
7 Uhr, zum 1. Male:
Die kleine Hoheit.
Stg. 3½: Die keusche Susanne.
Schiller-Theat. Charl.
7½ U.: **Verschwörung des Fiesco**
Thalia-Theater
7½ U.: **Die närrische Liebe**
mit **Oskar Sabo** a. G.
und **Perry Sikla** a. G.
Th. am Nollendorfplatz
7¼ Uhr:
Der Vielgeliebte
Theater des Westens
7½ U.: **Die Frau im Hermelin**
Sbd. 4 Uhr: Max und Moritz.
Stg. 3½: Die lustige Witwe.
Wallner-Theater
7.15 Uhr **Eine Ballnacht.**
Sonntag 3½: **Geisha.**

Residenz-Theater.
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise:
Hänsel und Gretel.
Täglich 7½ Uhr:
Evchen Humbrecht.
Sonnab. 4: Max und Moritz.
Sonntag 4: Der gute Ruf.

Trianon-Theater.
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise.
Max und Moritz.
Täglich 7½ Uhr:
Maskerade.
Sonnab. 4: Hänsel und Gretel.
Sonntag 4 U.: Johannisfeuer.

Winter-Garten
Täglich 7.15 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Volksbühne Theater a. Bülowpl.
6½: **Götz von Berlichingen.**

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7, zum ersten Male:
Hölle, Weg, Erde.
Sonnabend 7½: **Pygmalion.**
Sonntag 7½: **Hölle, Weg, Erde.**

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7½ Uhr: **Cyprienne.**
(Konstantin, Götz, Walter.)

Schall u. Rauch
im Großen Schauspielhaus
Karlstr., Schiffbauerdamm.
Gussy Holl
Mady Christians
Paul Graetz
Friedr. Hollaender
Hilde Gad
Hubert von Meyerink
Ann Heusinger
Olli Sudahti
Fritz Feld
Karikaturenfilm von Trier
Eröffnung 7½, Beginn 8½ U.

Apollo Theater
Dir.: James Klein
Friedrichstraße 218
7½ Allabendl. u. Sonnt. 3½ 7½
Radrennen
unter Mitwirkung der berühmtesten Rennfahrer wie:
Lorenz, Pawke, Techmer,
um d. Meisterschaft auf Bühnen-Trainer-Apparaten,
20 000 Preise.
4 Uessems,
Sensations-Akrobat.
Curran.
tollkühne Vorführg. a. schwankend. Mast.
Heros,
der weltberühmte Kraft-Jongleur,
u. weit. Sensationen!
Keine Preiserhöhung!
Sonntags 3½: jeder Erwachs. 1 Kind frei

Passage-Theater
Unter d. Linden 22/23
Dir. M. Soliman.
2 Uraufführungen 2
Der Mutter Sünde
oder
Sie geht denselben Weg.
Eine Tragödie aus d. modernen Leben in 5 Akten.
Haben Sie etwas gemerkt?
Lustspiel in 3 Akten.
Hauptrolle:
Paul Heidemann.

Film-Palast
Koppenstr. 29
Vom 8. bis 15. Januar:
Madame Dubarry
mit
Pola Negri.

Großes Schauspielhaus
Sonntag, 11. Januar, nachm. 2½ Uhr
letzte Nachmittags-Aufführung z. halb. Preis.
Die Orestie
Regie: Max Reinhardt.
Hauptrollen: Alexander Moissi, Maria Kramer, Paul Hartmann, Else Heims, Gustav Gründgens, Josef Klein, Maria Fein, Fritz Richard, Harald Paulsen, Friedrich Kühne.
Preise d. Pl. M. 2 bis 10. Billetts: Kasse d. Theaters, A. Wertheim u. i. Invalidendank

Sonnabend, den 10. Januar:
Opernball im Zoo
veranstaltet v. Deutschen Opernhaus zum Besten seiner Pensionskasse.
Abwechslungsreich. Programm
Beginn 5½ Uhr, Eintrittskarte 15,— M. im Deutschen Opernhaus, bei Wertheim und an der Abendkasse am Adlerportal des Zoologischen Gartens.

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Die Csárdásfürstin.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Rose Frommhold.

UFA THEATER UFA
Wochentags ab 7 Uhr
Sonntags ab 4 Uhr
Die Herrin der Welt
U.T Hasenheide
2. Teil
Die Geschichte der Maud Gregaards
Männl. Hauptrolle: **Hans Mierendorff**
U.T Alexanderplatz, Weinbergsweg 19, Schöneberg
3. Teil: Der Rabbi von Kuan-Fu
Männliche Hauptrolle: **Michael Bohnen**
U.T Kurfürstendamm 28, Nollendorfplatz 4, Friedrichstr. 180
4. Teil: König Makombe
Männliche Hauptrolle: **Michael Bohnen**
Titelrolle: MIA MAY
Künstlerische Oberleitung: **Joe May**
Ufa-Lichtspiele Tauentzienpalast
Erste Woche! 5. Teil
Ophir, die Stadt der Vergangenheit
Männliche Hauptrolle:
Michael Bohnen
Der Vorverkauf in den Ufa-Lichtspielen Tauentzienpalast findet von 11—1 Uhr statt
Der Vorverkauf in den Ufa-Lichtspielen Tauentzienpalast findet von 11—1 Uhr statt

Kammerlichtspiele
Der Präsident
nach dem Roman von **Karl Emil Franzos**
Das rosa Trikot
Lustspiel mit:
Henry Bender / Viktor Janson

Mozartsaal
Ut mine Stromtid
nach **Fritz Reuter**
In den Hauptrollen:
Hedda Vernon / Ed. v. Winterstein
Reinhold Schünzel / Eugen Rex
Regie **Hubert Moest**

UFA-PALAST AM ZOO
Allabendlich mit großem Beifall!
HENNY PORTEN
in
Monica Vogelsang
nach **Felix Philippis Novelle**
Wochentags ..... 7 u. ¾9 Uhr
Sonntags .... 4, 6, 8 Uhr
Vorverkauf 11—1 (ohne Aufschlag)

Der Kleine Roman 50 Pf.
Wöchentlich ein abgeschlossenes illustriertes Werk.
Bezugspreis vierteljährlich Mk. 6.—. Einzelheft 50 Pfg.
Nr. 1 soeben erschienen:
Frank Wedekind: Marianne
Ein erst jetzt veröffentlichtes Jugendwerk des Verfassers, illustriert von Willy Jaeckel. Demnächst erscheinen: Nr. 2 **Heinrich Mann: Schauspielerin,** illustriert von G. von Finetti; Nr. 3 **Frhr. v. Gaudy: Aus dem Tagebuch eines wandernden Schneidergesellen,** illustriert von Erich Büttner; Nr. 4 **Carl Bulcke: Die süße Lilli,** illustriert von **G. W. Rößner.** Zu beziehen durch alle Postanstalten, Buchhandlungen, Zeitungsverkaufsstellen. Verlag H. S. Hermann & Co., Berlin SW 19

Goldwaren-Fabrik **J. Weinstock** G. m. b. H. **Mohrenstr. 16** a. Unterg.-Bhf. Friedrichstraße
Gold kauft zu hohen Preisen **Münzen**
Filialen: Alexanderstr. 14a, Kottbuserdamm 24
Platin
Charlottenburg: Tauentzienstr. 6, Stuttgarter Platz 5
Zähne
Schöneberg: Grunewaldst. 15
Kein Laden geöffnet 9—6
Silber

Platin-Linke! Platin!
Platin-Zähne nicht unter 10 M.,
Gold, Silber, Edelmetalle kauft Platin-Großhandlung
Emma Linke, Berlin, Blücherstr. 40, vorn II, früher Invalidenstr., unter dem Namen **Robert Linke, genannt Platin-Linke,** Gegründet 1898.

Sport-Palast
Potsdamerstr. 72 ✻ Hochbahn Bülowstr.
Das größte Kino der Welt
Der Schrei des Gewissens.
Ester Carena.
Regie: **Eugen Illes.**
Die Waldspinne.

Olympia-Theater
(früher Voigt, Badstr. 58)
Täglich abends 7½
Verheiratete Junggesellen.
Große dreiaktige Posse.
Dazu Spezialitäten.

Circus Busch
7½: **Gr. Circus-Progr.!**
U. a. **Burgos-Co.**
Resua u. Ass.
2 Lansons. O'Leary.
9 Uhr: **Aphrodite**

B T L
Turmstr. 12
Alexanderplatz-Pass.
Friedenau, Rheinstr. 14
Bruno Kastner
im Filmspiel
Der Weltmeister
Potsdamer Str. 38
Die Herrin der Welt
1. Teil mit
Mia May.

Casino-Theater
Lothringerstr. 37. Tägl. 7½ U.
Der Schlager der Spielzeit
Schniepels Lene
Berliner Volksstück in 3 Akt.
Dazu der Operetten-Sketch
„Erwischt" m. Viktor Litzek.
Sonntag 3½: **Frohes Fest.**

Reichshall.-Theater
Abends 7½ u. Sonnt. nachm. 3 Uhr:
Stettiner Sänger.
Nachmittags ermäßigte Preise

Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Jed. Abend 7½ Uhr:

Elite-Sänger
9 ehem. Mitgl. der **Stettiner Sänger.**
Sonnt. nachm. 3 Uhr ermäß. Preise (voll. Abend-Programm) 1 Kind frei!
Rauchen gestattet.
...ängen-Konzert. Beg. 7.15 Uhr.
Vorverkf. 11—1½ u. 4—6 Uhr.

Admirals-Palast.
Die lustige Puppe

Admirals-Kino
Die lebende Tote
mit **Henny Porten.**

METROPOL KABARETT
BEHRENST. 53-54
Janos u. Olivia
Marg. u. Luise Duwe
Lea Florenz
Franz Gravenhorst
Spieß u. Geo
Annie Kliemchen
Claire Feldern
Senta Söneland
in ihrem Sketch
„Pst Pst"
mit **Fritz Berger.**
Kapelle Mundi Neumann.
Am Flügel: E. Hentschel.

Freie wissenschaftliche sozialistische Agrar-Korrespondenz
Berlin SW 68, Lindenstraße 16.
Aufforderung zur Mitarbeit
bei der Lösung von volkswirtschaftl. Fragen.
Landwirte, Landarbeiter, Arbeiterräte!
Wie erfolgt am besten die praktische Ausbildung von Stadtarbeitern und -arbeiterinnen in der Landwirtschaft und für Landsiedlerzwecke?
Bedingungen: Jede Arbeit darf nicht über 100 Druckzeilen sein, nur Vorschläge zu der gestellten Frage enthalten. Schlußfrist: 15. Februar 1920. Bei Annahme wird Honorar bezahlt. 62D

Ansiedlung
durch ältere
Baugenossenschaft
in südlichem u. westlichem Vorort,
direkt am Bahnhof, günstige Lage
kein Waldboden, keine Mietsteigerungen, nur Eigenheime nach Wunsch. Bauhandwerker bevorzugt. Geringe Kapitalseinlage, evtl. Rentengutsverfahren.
Ansiedlung, Berlin W 8, Jägerstr. 13.

Platin! Zahngebisse
Zahn bis 75 M.!
Gold! Silber!
Münzen! Salpetersaures Silber! Quecksilber!
Glühstrumpfasche! Stanniolpapier! Kupfer! Messing etc. Sämtliche Metalle zu höchsten Tagespreisen kauft
Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31.

Yohimbinlecithin
Auf wissensch. Grundlage aufgebautes Kräftigungsmittel. 30 60 125 Portionen. 12,- 22,- 40,- Verlangen Sie Gratisbroschüre.
Versand durch Apotheker **Maaß, Hannover 13.**

Stellenangebote

Wir suchen zum sofortigen Eintritt:
Werkzeugmaschinenschlosser
Horizontalbohrer
Fräser
Werkzeugschlosser
Werkzeugdreher
Universalfräser f. Werkzeugbau
Einrichter für Automaten
Berücksichtigung finden aber nur ältere, erfahrene, tüchtige Arbeitskräfte, die nachweislich in ersten Werkzeugmaschinenfabriken bereits mehrere Jahre gearbeitet haben. Angebote mit ausführlichen Angaben über bisherige Tätigkeit usw. sind zu richten an die
Magdeburger Werkzeugmaschinenfabrik
Aktien-Gesellschaft
Magdeburg-Neustadt.

Sofort gesucht für
Kranbau — Eisenkonstruktion
mehrere selbständige
Vorzeichner,
die nachweislich längere Zeit nach dem Skizzensystem gearbeitet haben. Bewerbungsschreiben mit Gehaltsansprüchen, frühestem Eintrittstermin, Zeugnisabschriften und Lichtbild an 58D
Ardeltwerke G. m. b. H., Eberswalde b. Berlin.

Für unsere Buchhandlung suchen wir für sofort
einen Buchhändler.
Reflektiert wird auf eine erste Kraft, die speziell in sozialistischer, gewerkschaftlicher, Eisenbahnfach- sowie schöner Literatur bewandert ist.
Rad-Buchhandlung.
Verwaltungsstelle Groß-Berlin des Deutschen Eisenbahner-Verbandes.
Berlin SO., Bethanienufer 10.
238/8

Erstklassige Langhobler
für den Präzisionswerkzeugmaschinenbau
verlangt sofort 54D
Fritz Werner Aktiengesellschaft,
Berlin-Marienfelde.

Kassenbote
per 1. Februar bei hohem Gehalt gesucht. Es kommen nur Bewerber in Frage, die ähnliche Stellungen seit längeren Jahren bekleidet haben und sich durch beste Zeugnisse ausweisen können. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an 60D
J. Priwin, Berlin W 50, Kurfürstendamm 16.

Selbständige Revolverdreher
für schwere Bänke gesucht. Bewerber aus Groß-Berlin, die an präzises und sauberes Arbeiten gewöhnt sind, und sich die Maschinen selbst einrichten, wollen sich mit Lebenslauf und unter Angabe der Dauer der Tätigkeit bei den einzelnen Firmen melden unter **S. 44** an die Hauptexped. des „Vorwärts".

Werkzeugmaschinen-Schlosser
evtl. als
Kolonnenführer
von erstklassiger Präzisionsmaschinenfabrik gesucht. Gute Werkstatterfahrung Bedingung. Angebote mit Lebenslauf und Angabe der Dauer der Tätigkeit bei den einzelnen Firmen von Bewerbern aus Groß-Berlin erbeten unter **T. 44** an die Hauptexped. des „Vorwärts".

Kühler-Klempner
für Rahmen- u. Blockbau
stellt ein 61D
Hans Windhoff A.-G., Berlin-Schöneberg,
Bennigsenstr. 20—22.

Laufmädchen,
jüngeres, aus achtbarer Familie, für leichte Beschäftigung von Goldwaren-engros-Geschäft gesucht. 6060
Brill & Cassel,
Oberwallstr. 13.

Lehrmädchen zum Bestecktpolieren verlangen **Boer & Stein A.-G.,** Alexandrinenstr. 24. 6365

Gelernte **Besteckpoliererin** in und außer dem Hause gesucht. **Boer & Stein A.-G.,** Alexandrinenstr. 24. 9575

Zeitungs-Zentrale (Z. Z.)
Aktien-Gesellschaft
stellt **Botenfrauen** ein in den Geschäftsstellen: 146/4a*
Markusstr. 26, Petersburger Platz 4, Wattstr. 9, Baerwaldstr. 42, Lausitzer Platz 14/15, Steglitzer Straße 37, Lindenstr. 3, 2. H. pt., Ackerstr. 174, Prinzenstr. 31, Gräfenhagener Str. 22, Wilhelmshavener Str. 48, Immanuelkirchstr. 21. — Charlottenburg, Sesenheimer Str. 1. — Schöneberg, Belziger Str. 27. — Lichtenberg, Wartenbergstraße 1. — Treptow, Kiefholzstr. 412, Grünau. — Neukölln, Neckarstr. 2.

Die Memoiren des gemeinen Mannes.

Man schreibt uns:

Der Prozeß des Oberleutnants Hiller hat eine Flut von Zuschriften aus jenen Kreisen der Kriegsbeteiligten ausgelöst, die bisher nicht zu Worte gekommen sind und die, was psychologisch ganz begreiflich ist, diesen besonderen Anlaß gebrauchten, um ihr Schweigen zu brechen. Wie oft ist uns Schriftstellern im Felde von unseren Kameraden gepredigt worden: Präge Dir nur alles recht deutlich ein, und wenn der Krieg dann doch einmal zu Ende ist, so schreibe! Bisher nun sind nur die Memoiren der „Großköpfe" erschienen, der Heerführer, die meistenteils die Schuld an den begangenen Fehlern vom einen auf den anderen schieben. Wenn sie sich auch nicht zu einem so gigantischen Märchen versteigen, wie Ludendorff, der die hübsche Fabel vom „Dolch der Heimat" erfunden hat und nun nicht müde wird, sie in allen Fassons dem Volke aufzutischen. Wann werden die Memoiren des gemeinen Mannes erscheinen? Wann endlich wird man erfahren, wie es dem Landsturmmann, dem Grenadier und Musketier, dem Mann ohne Achselstück und Stern ergangen ist?

Es muß wieder und wieder gesagt werden, daß 1918 die Zermürbung des Heeres die Folge eines falschen, vor allem gänzlich unpsychologischen Systems war. Man hatte keine Ahnung von der richtigen Art der Menschenbehandlung. Verstanden die Berufsoffiziere noch einigermaßen, sich ihre Autorität aus angeborener Befehlsbegabung zu sichern, so fehlte dies den Reserveoffizieren zu einem sehr erheblichen Teil, und je jünger sie waren, je mehr sie selbst den Abstand zwischen sich und ihren Untergebenen merkten, die oft genug etwas waren und etwas vorstellten, um so kräftiger legten sie sich auf das Anschnauzen, Schimpfen und — Einsperren. Die Strafregister schwollen von Woche zu Woche immer mehr an, in den Arrestlokalen der Etappe war auf Tage hinaus kein Zimmer zu haben (Ueberschrift: Die Wohnungsnot im Felde), und durchaus gutartige, gebildete Leute, die noch nie in ihrem Leben mit den Strafgesetzen in Konflikt gekommen waren, wurden in Tausenden von Fällen mit Arreststrafen belegt, während ein Wort der Aufklärung oder Zurechtweisung vollkommen genügt hätte.

Was wurde nicht alles bestraft: unvorschriftsmäßiges Grüßen, Sprechen im Gliede, ein zu hoher Kragen, eine unvorsichtige Aeußerung, eine Theaterkritik, die den Herren da oben nicht gefallen hatte! Man sollte sich doch wirklich einmal die Mühe machen und die Strafregister hervorsuchen, man würde da zu ganz entsetzlichen Ergebnissen kommen. Das Beschwerderecht stand auf dem Papier und war eine glatte Farce. Wer sich wirklich beschwerte, hatte in Zukunft nichts zu lachen. Wollte man sich über den Oberarzt beschweren, der einem Patienten ein paar hinter die Ohren versprach, so konnte einen der betreffende Mann bei der nächsten Gelegenheit „k. v." schreiben. In speziellen Fällen wurde dem Bestraften sofort eröffnet: „Wenn Sie sich beschweren, so kommen Sie vor das Kriegsgericht."

Die ganze Militärjustiz ist und bleibt eine mittelalterliche Institution. Es ist eine Gemeinheit, anständige Menschen drei Tage und drei Nächte bei Wasser und Brot wegen irgendeiner harmlosen Aeußerung in eine dunkle Zelle zu sperren, und die Gemeinheit wird noch größer, wenn man, wie es auch häufig genug geschah, ihnen hohnlächelnd erklärte: „Sie können sich ja nachher beschweren!"

Ludendorff an den „Matin".

Der „Matin" veröffentlicht einen Brief, welchen er von Ludendorff als Antwort auf die Aufforderung, sich über die innere Lage Deutschlands zu äußern, erhalten hat. In diesem Brief lehnt Ludendorff ein Eingehen auf den Wunsch des „Matin" ab, indem er sich für außerstande erklärt, irgend welche authentische Mitteilungen an die Ententepresse zu geben. Ludendorff schreibt dann weiter, daß die Entente es sich selbst zuzuschreiben habe, wenn sie in das Chaos, das über Deutschland hereinzubrechen droht, mit hineingerissen werde. Er hätte nicht die Macht, die Aufmerksamkeit der Entente auf die Gefahren zu lenken, denen sie sich infolge ihrer Kurzsichtigkeit aussetze. Wenn sie aber so weiter arbeite, wie bisher, würde eine schreckliche Katastrophe für ganz Europa wohl unvermeidlich sein.

Die Frankfurter Munitionsschiebung.

Laut „Frankfurter Ztg." ist die Untersuchung gegen die Firma Heidelberger infolge eines Prozesses eingeleitet worden, den ein Ingenieur der Firma wegen Gewinnbeteiligung angestrengt hatte. Die Untersuchung erfolgt durch die Zentralstelle des Kriegswucheramts. Die Firma, die Zünder und Zünderteile herstellte, soll während des Krieges 18 Millionen Mark verdient haben. Ein Bruder des Inhabers der Firma habe als Vertrauensmann der Abnahmestelle dafür gesorgt, daß die Fabrik reichlich mit Aufträgen bedacht wurde. Die Untersuchung erstreckt sich auch auf das Personal der Geschoßfabriken in Duisburg, Spandau und Sömmerda und wird lange Zeit in Anspruch nehmen.

Uebrigens: was ist denn aus der seinerzeitigen Reichstags- und Regierungskommission zur Nachprüfung der Kriegslieferungen geworden? Schläfte oder wachte, Kommission, was machte?

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Der Reichsminister für den Wiederaufbau, Dr. Geßler, hielt Mittwoch vor einem zahlreichen Kreise von führenden Männern aus Industrie, Handel und Gewerbe und den Vertretern der Behörden im Gürzenich in Köln einen Vortrag und gab ein allgemeines Bild dessen, was bisher an Vorarbeiten für den Wiederaufbau geleistet worden ist.

Der Minister behandelte hauptsächlich die Frage, in welcher Form die Vergebung der Arbeiten im zerstörten Gebiet vor sich gehen solle, und wie sie im zerstörten Gebiet selbst zu leisten seien.

Er wies darauf hin, daß die französische Regierung beabsichtige, ausländische Arbeiter, hauptsächlich polnische, italienische und tschechoslowakische, heranzuziehen. Bei den Verhandlungen in Paris werde deutscherseits der Standpunkt vertreten, daß das Reich als Generalunternehmer hafte. Bei der Lieferung der Baumaterialien müßten die einzelnen Länder, soweit es sich um Massenlieferungen handle, z. B. um Türen, Beschläge usw., anteilmäßig berücksichtigt werden.

Nach dem „Temps" belaufen sich die Wiederherstellungskosten der Kriegsschäden allein im Departement Aisne auf 10 Milliarden Mark.

Der Wiederaufbauminister Geßler sprach heute im Saal des Kaiserhofs zu Essen vor einer Versammlung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern des unbesetzten Teils des Regierungsbezirks Düsseldorf und der Provinz Westfalen über die Frage des Wiederaufbaues in Nordfrankreich, wohl die wichtigste der uns im Friedensvertrag gestellten Aufgaben. Der Minister entwickelte in längerer Rede die äußeren und inneren Schwierigkeiten der Sache. Es werde sich um Schwierigkeiten in dreifacher Richtung handeln, die Aufräumung der zerstörten Gebiete, der Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften, Anlagen und Gebäude, endlich die industrielle Wiedergutmachung. Politisch sei hervorzuheben, daß Deutschland zur Hilfe in weitestem Umfange bereit, aber ganz ungewiß darüber sei, ob und in welchem Umfange unsere Leistungen und Lieferungen von der anderen Seite überhaupt gewünscht werden. Bekanntlich bestehe in Frankreich eine starke Gegenströmung gegen die Beschäftigung deutscher Arbeiter und deutscher Unternehmer. Noch schwerer sei die Lage im Innern. Wenn wir für Frankreich arbeiten sollen, müssen wir arbeitsfähig sein. Es fehle uns aber am wichtigsten, an Lebensmitteln und Rohstoffen. Der Minister ging auf die Kohlenfrage im besonderen ein. Solange wir so viel an Kohlen abliefern müssen, daß nicht einmal das Allernotwendigste für den heimischen Bedarf übrigbleibe, werden wir keine wirksame Hilfe leisten können. Zum Schluß wies der Minister auf die sonstigen Aufgaben seines Ministeriums hin und hob besonders die furchtbare Lage der Auslandsdeutschen und der Deutschen in den abgerissenen Reichsteilen hervor, denen Heimat und Habe genommen sei. In der anschließenden Debatte wurde eine Reihe von Einzelfragen eingehend erörtert. Allgemein hob man die furchtbare innere Lage hervor, in der es uns selbst am Nötigsten fehle.

Unter der Zwangsherrschaft.

Der Mörder des Aachener Arbeiters Köppen, ein französischer Soldat, wurde zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Der Anklagevertreter hatte 20 Jahre beantragt.

Das Bürgermeisteramt von Scherpenseel bei Eupen veröffentlicht eine Bekanntmachung des Majors der belgischen Besatzung, wonach infolge von in der Dunkelheit versuchten Angriffen von Zivilisten auf Soldaten folgender Befehl ausgegeben worden ist:

„Wenn verdächtige Personen oder Personengruppen sich nähern und auf den Befehl „Hände hoch!" nicht stehenbleiben, haben die Soldaten von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Außerdem werden, wenn weiter derartige Fälle vorkommen, jeden Abend aus Bürger- und Arbeiterkreisen Geiseln gestellt werden müssen."

Die französische Regierung beschloß, den militärischen Ausnahmezustand auch nach der Ratifikation des Friedens in Elsaß-Lothringen aufrechtzuerhalten und im Verkehr mit Deutschland keine wesentlichen Veränderungen eintreten zu lassen. Die Einreise Deutscher ins Elsaß wird nur in Ausnahmefällen mit besonderer Erlaubnis der französischen Paßbehörde in Straßburg gestattet werden.

Die Pariser Polizei verbietet seit etwa zehn Tagen den Verkauf einzelner italienischer Blätter und zwar des „Avanti", der „Stampa" und des „Resto del Carlino" und der Genfer „Feuille".

Wer hat die Entente ermutigt?

„Homme libre" schreibt zur Veröffentlichung der Briefe des Kaisers Karl aus dem Jahre 1917, daß die französischen Geheimarchive nicht nur Briefe des Kaisers Karl, sondern auch solche des Königs von Bayern und des Herzogs von Braunschweig, besonders aber des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz enthielten, deren Veröffentlichung in absehbarer Zeit nicht ausgeschlossen scheine. Sie rechtfertigten nur die Clemenceausche Auffassung, daß Deutschland und seine Verbündeten schon 1915 politisch und militärisch verloren waren.

Das Clemenceau-Blatt sagt nicht, ob es sich um Briefe an Ententeleute oder etwa um gestohlene Schriftstücke handelt.

Revisionsverhandlung der Röchling-Sache.

Der Kassationshof in Paris hat die von Robert Röchling beantragte Revision des Urteils in dem Prozeß gegen ihn und seinen Bruder angenommen. Es wird also eine neue Verhandlung stattfinden.

Das nichtassoziierte Amerika.

Die „Chicago Tribune" meldet, daß Amerika weder an der Unterzeichnung des Protokolls, noch an der Zeremonie des Austausches der Ratifikationsurkunden, noch an der Sitzung des ausführenden Rates des Völkerbundes teilnehmen werde.

Havas meldet, daß, sofern am kommenden Sonnabend die Unterzeichnung des Protokolls durch die Deutschen erfolgt, die Rechtskraft des Friedens von Versailles am 17. Januar eintreten soll.

Gegen den sogenannten Sowjetgesandten in Nordamerika, Martens, ist ein Befehl zur Deportierung erlassen worden.

Moskau und Irkutsk.

Aus Moskau wird gefunkt: Die Regierung Koltschaks ist gefallen. Die neue sozialistisch-revolutionäre Regierung in Irkutsk ist bestrebt, eine sozialistische Koalition zu schaffen, in welcher auch die Räteregierung vertreten sein soll. Ein Abgesandter der Irkutsker Regierung wird in den nächsten Tagen in Moskau eintreffen und Verhandlungen mit der Räteregierung einleiten.

Weiter funkt Moskau, daß die roten Truppen das ganze Donetzbecken besetzt haben und festhalten. Damit würde die Sowjetregierung in den Besitz der Kohlenschätze Südrußlands gelangt sein.

Ein Bukarester Blatt meldet, daß die russische Regierung ein neues Friedensangebot an die rumänische Regierung gestellt hat, wonach Rußland die Angliederung Bessarabiens an Rumänien anerkenne, wenn Rumänien keine Truppen gegen die Bolschewisten entsendet.

Generalstreik in Irland.

Laut „Daily Mail" ist in Irland der Generalstreik ausgebrochen. Arbeiter und Bürger erklärten sich solidarisch im Kampfe gegen die Engländer für die Unabhängigkeit Irlands. In Dublin sind die Gast- und Kaffeehäuser geschlossen. Selbst die Feuerwehr streikt. General French hat sich an die britische Regierung um Kriegsschiffe und Truppen gewendet.

In Dublin, Limerick und Cork haben schwere Unruhen stattgefunden. Es kam zu blutigen Zusammenstößen zwischen bewaffneten irischen Nationalisten und britischen Truppen. In Limerick wurden mehrere englische Soldaten getötet, worauf das Standrecht verhängt wurde.

Französische Präsidentenwahl am 17. Januar.

Kammer und Senat sind für den 17. Januar zur Nationalversammlung nach Versailles einberufen, um die Neuwahl des Präsidenten der französischen Republik für die kommenden sieben Jahre vorzunehmen.

Kleine politische Nachrichten.

Beleidigungsklage des Reichspräsidenten. Der Reichspräsident und das gesamte Reichsministerium haben gegen den Chefredakteur der „Ostpreußischen Zeitung", Eduard Kenkel, Strafantrag wegen Beleidigung gestellt, die in einem Artikel „Wie lange lassen wir uns das gefallen?" erblickt wird, den Kenkel am 28. Oktober veröffentlicht hatte.

Reichsbeihilfe für die Marloh-Opfer. Wie die „P. P. N." erfahren, ist für die Zahlung von Beihilfen, welche die Hinterbliebenen der in der Französischen Straße erschossenen Matrosen vom Reiche erhalten sollen, die Abwicklungs-Intendantur des früheren Gardekorps, Abteilung 2b, Berlin, Dorotheenstr. 78, 3 Treppen, zuständig.

General von Estorffs Absetzung verlangt. Der Tilsiter Parteisekretär der Sozialdemokratischen Partei in Tilsit, Th. Wolf, hatte kürzlich in der „Tilsiter Volksstimme" unter der Ueberschrift „Der Vulkan im Osten" einen Artikel veröffentlicht, in dem er die heimkehrenden baltischen Truppen heftig angriff und das Verhalten der Offiziere als verbrecherisch bezeichnete. Wegen dieses Artikels hatte der Befehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos I, Generalleutnant von Estorff, gegen Wolf und den verantwortlichen Redakteur Zingler Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Daraufhin hat Wolf unter dem 4. d. M. ein Schreiben an den Reichskanzler Bauer gerichtet, worin er die Absetzung des Generals von Estorff fordert, weil dieser Disziplinbrecher und Aufrührer decke.

Das Reichs-Auswanderungsgesetz wird in den nächsten Tagen der Nationalversammlung zugehen. Die schlechten Erfahrungen der ersten deutschen Auswandererzüge, namentlich in Südamerika, lassen den verstärkten Schutz der Auswanderer vor Ausbeutung durch schwindelhafte Ansiedlungsgesellschaften um so dringender erscheinen, als der internationale Rechtsschutz der deutschen Auswanderer im Ausland infolge Fehlens von besonderen Verträgen mit den Einwanderungsstaaten noch viel zu wünschen übrig läßt.

Anwachsen der Mieterorganisationen. Die Organisationsbewegung der Mieter macht im Ruhrgebiet außerordentlich starke Fortschritte. Innerhalb eines Vierteljahres hat sich die Mitgliederzahl der Mietervereine von 18 000 auf rund 45 000 gehoben. Der Gelsenkirchener Mieterverein hat es auf 5000 Mitglieder gebracht, der Verein Essen beträgt sogar 8000 Mitglieder.

Kehren die Kriegsgefangenen heim? Auf französischem Befehl müssen in München-Gladbach für die aus Frankreich demnächst heimkehrenden Kriegsgefangenen Quartiere geschaffen werden. Es soll ein Durchgangslager eingerichtet werden. Zu diesem Zwecke müssen schon bis Ende der Woche die hierfür bestimmten Gebäude geräumt sein. Außerdem werden noch Durchgangslager in den Nachbarstädten Düren und Eschweiler errichtet. Sollte man tatsächlich mit einer baldigen Heimkehr der Kriegsgefangenen rechnen dürfen?

Vorzugsbehandlung von Kriegsgefangenen. Auf Verlangen des Hohen Kommissars der Alliierten im besetzten Gebiet, Tirard, werden die Gefangenen der besetzten Gebiete von der französischen Behörde vorzugsweise behandelt und schneller heimbefördert als die anderen Kriegsgefangenen.

Der zweite Bürgermeisterposten in Frankfurt am Main wird von unseren Genossen beansprucht, die unseren bekannten Sozialpolitiker Graef vorschlagen.

Besoldung der Steuerbeamten. Unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors v. Stockhammern haben im Reichsfinanzministerium am 6. und 7. d. M. Verhandlungen mit den Vertretern der Zoll- und Steuerbeamten über die neue Besoldungsordnung und die Einteilung der Beamtenschaft in Besoldungsgruppen stattgefunden.

Der politische Beauftragte Italiens in Berlin, Bordonaro, wird demnächst nach Prag versetzt werden. Für ihn soll als Geschäftsträger bis zur Ankunft des neuen Botschafters Graf Aldobrandi nach Berlin geschickt werden.

Ein sozialistischer Gemeinderat in St. Quentin. Die während des Krieges fast gänzlich zerstörte Stadt St. Quentin hat einen rein sozialistischen Gemeinderat mit einem sozialistischen Bürgermeister an der Spitze gewählt. Diesem liegt eine außerordentlich schwierige Aufgabe ob, da von den 8000 Häusern der Stadt alle beschädigt und nur 3000 als wiederherstellbar bezeichnet werden. In seiner ersten Sitzung beschloß der Gemeinderat, die Hauptstraße der Stadt nach dem sozialistischen Führer Jean Jaurès zu benennen.

---

eigenartigen Rechtsverhältnisse des Theaterlebens eine sachkundige Stelle eingerichtet werden, die zugleich wichtige Bausteine für das noch immer fehlende deutsche Theaterrecht liefern wird. Ein Schiedsgericht, dessen Vorsitz ein Jurist hat, und das aus Vertretern des Deutschen Bühnenvereins, der Vereinigung der Bühnenverleger und des Verbandes Deutscher Bühnenschriftsteller und Komponisten gebildet ist, entscheidet die aus den Aufführungs- und Verlagsverträgen entspringenden Fragen. Die Streitigkeiten zwischen Bühnenleitern und Bühnenangehörigen werden vor Schiedsgerichten zum Austrag gebracht, in denen unter einem unparteiischen Vorsitzenden je zwei Vertreter des Bühnenvereins und der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger sitzen. Hier sind 10 Bezirksschiedsgerichte in Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Königsberg i. Pr., München, Köln, Stuttgart und Dortmund vorgesehen sowie als die Einheit der Rechtsprechung wahrende Berufsinstanz ein Oberschiedsgericht in Berlin, bestehend aus einem juristischen Obmann mit je drei Mitgliedern des Tarifausschusses der beteiligten Organisationen. Für die Streitfälle zwischen Bühnenleitern und den Mitgliedern des Deutschen Chorsänger- und Balletterbandes ist eine entsprechende Einrichtung getroffen.

Ein Eucken-Bund soll gegründet werden. Im Geist der Lehren des greisen Rudolf Eucken soll er gegen das Absinken der gesellschaftliche Kultur ins Aeußerliche durch Verinnerlichung der Kräfte des Lebens ankämpfen. Eine Gruppe Persönlichkeiten, besonders aus akademischen Kreisen, erläßt jetzt einen Aufruf zur Gründung des Bundes, der seine Hoffnungen und den gesellschaftlichen Zustand kennzeichnet durch den Satz: „Nur ein geistiges Wunder kann uns retten".

Volkshochschulen als Siedlerschulen. Eine enge Verknüpfung der Volkshochschulbewegung mit der Siedlungsbewegung befürwortet Hans Horst Kreisel in der im Verlag von Eugen Diederichs in Jena erscheinenden Monatsschrift „Die Tat". Die planmäßige Neubesiedlung Deutschlands müßte von einer systematischen neuen Volksbildung begleitet werden. Wenn Siedlerschulen zugleich als ländliche Volkshochschulen eingerichtet werden, dann erreichen wir damit, daß einmal tüchtige Siedler als Führer für das neue deutsche Volkstum erzogen werden und daß andererseits die Siedlerschüler praktisch in Feld, Garten und Kleintierhof sowie zugleich, und zwar besonders im Winter, in geistiger Hinsicht erzogen werden. Mit ihrer praktischen Siedlungsarbeit sind sie imstande, die Kosten für die Volkshochschule aufzubringen, so daß nur ein einmaliges Anlagekapital nötig ist. Zunächst sollte in jedem Gliedstaat und in jeder Provinz eine solche Doppelschule als Muster- und Musteranstalt errichtet werden. Von hier wird dann die weitere Arbeit ausgehen. Solche Volkshochschulen auf dem Lande, die zugleich Siedlerschulen sind, würden Heimatschulen im besten Sinne sein.

Friedrich Rückerts Tochter, des Dichters letztes Kind, Marie Rückert, ist in Neuses bei Koburg, wo Rückert 1866 starb, gestorben. Sie hat sich an der Herausgabe nachgelassener Werke ihres Vaters beteiligt.

Der Verband der Freien Volksbühnen veranstaltet eine Vortragsreihe mit dem Thema: Einführung in das Verständnis von Musikwerken. Der erste Vortrag findet am 11. Januar, abends 8 Uhr, im Bechsteinsaal, Linkstr. 42, statt. Vortragender: Leo Kestenberg. Karten zu 1 M. an der Abendkasse.

Ueber Lieder unserer Kriegsgefangenen spricht Prof. Dr. Stumpf am 14. Januar im Wissenschaftlichen Verein (Hörsaal, Georgenstr. 34—36.

Wirtschaft.

Rathenaus „Autonome Wirtschaft“.

Walther Rathenau, der Präsident der A. E. G., wendet sich wiederum in einem neuen Heft*) an das deutsche Volk, um ihm den Weg aus der ökonomischen und sozialen Katastrophe zu zeigen. Die besondere Bedeutung dieser Persönlichkeit liegt darin, daß sie sich, obgleich selbst Großkapitalist und Führer eines der bedeutendsten Konzerne, auf den Boden der sozialistischen Wirtschaftsauffassung stellt. In seiner während des Krieges erschienenen kleinen Schrift: „Die Neue Wirtschaft“, hat Rathenau die Forderung gestellt, durch eine Art von Vertrustung der Industrie die produktive Höchstleistung und soziale Gerechtigkeit zu erstreben. In der Zeit seit Erscheinen der erstgenannten Schrift ist Rathenau auf dem Wege der völligen „Sozialisierung“ der Wirtschaft vorwärtsgeschritten.

Er beginnt die neue Schrift mit den Worten: „Was uns geschehen ist wissen nur wenige. Und die es wissen, sind zumeist beschäftigt, sich und das ihre in Sicherheit zu bringen.“ Rathenau sieht die dreifache Aufgabe und dreifache Lösung. Die erste Aufgabe ist, die Wirtschaft ertragfähiger zu machen, die zweite die des gerechten Besitzausgleichs, die Aufhebung des proletarischen Verhältnisses, die Schaffung der neuen Gesellschaft, die dritte Aufgabe betrifft die Vergeistigung der Arbeit. Die endgültige Lösung ist: die Ueberführung des Unternehmens nicht in den Besitz des Staates, wie der klassische Sozialismus fordert, sondern in den Besitz der toten Hand, d. h. von Produktionsgemeinschaften unter dem Schutz des Staates. Eine Tatsache ist es auch für ihn geworden, daß es zwischen Unternehmern und Arbeitern keinen Frieden mehr gibt, und daß hieran unsere Produktionskraft zugrunde geht; die Folgerung ist, daß das Unternehmertum aufhören muß. Niemals wird der **Zweiklassenzustand**: Unternehmertum—Arbeiterschaft zur letzten Solidarität führen. Soll der Arbeiter mit neuem Mut und Geist arbeiten in einer Zeit, die noch härter sein wird, als die jetzige, so muß er wissen, daß **das Unternehmen ihm gehört**.

Der Weg zur Schaffung autonomer Unternehmungen ist für Rathenau der, daß die Aktionäre oder sonstigen Besitzer in die Reihe der Gläubiger zu treten haben, die vorerst eine feste Rente und Tilgungsquote erhalten. In die vollen Rechte der Vorbesitzer treten Arbeiter und Angestellte. Die Unternehmungen werden zu Gilden zusammengefaßt, die die Erträgnisse ausgleichen, die Geschäftsführung kontrollieren und leitungslose Betriebe stillsetzen. Die **Produktionspolitik** geht aus den Händen der zersplitterten Werkleitungen in die Hände der zentralen Gildenleitungen über. Die materiellen Vorteile werden von den sittlichen übertroffen, der Arbeitsprozeß wird gesunden, denn eine Arbeiter- und Beamtenschaft wird nicht gegen ihr eigenes Unternehmen kämpfen. Der Staat hat die Steuerhoheit, er kann Vermögen, Einkommen und Erbschaft belasten, er kann die Rente selbst in eine nullprozentige verwandeln.

Wäre der Hochkapitalismus, sagt Rathenau, durch die Ueberspannung der Weltkonkurrenz nicht katastrophal zerbrochen, so wäre er an der Enge der Auswahl, an der Schwäche der zweiten und dritten Führergeneration ebenso langsam und kläglich verendet.

Die Forderung, die industrielle Produktion zu vertrusten, weil die bestehenden, freiwilligen Zusammenschlüsse zu Fachverbänden unzureichend sind, wurde in jüngster Zeit auch von dem Industriellen Direktor Berthold Rothmann, Berlin, aufgestellt. Für uns Sozialisten ist es doch erfreulich zu sehen, daß Führer des Großkapitalismus vorhanden sind, die über die Dividendenpolitik ihrer Unternehmen hinaussehen und die unumgängliche Umstellung der privatkapitalistischen Wirtschaft in eine gemeinwirtschaftliche anerkennen. Das Absterben des Arbeitswillens, der weder mit Zwang noch mit Not, noch Güte belebt werden kann, zwingt unabweisbar zur Herstellung der neuen Wirtschaftsgesellschaft, um die das Proletariat mit heißem Herzen und ungebrochener Hoffnung zielsicher kämpft.

Die Arbeitnehmerschaft sollte besorgt sein, daß das kleine Heft Rathenaus ihren Unternehmern und leitenden Angestellten zur freundlichen Beachtung auf den Tisch gelegt wird, denn solche Schriften werden in diesen Kreisen nicht gern beschafft.

Erhöhung der Roheisenpreise.

In der Sitzung des Verbandes wurde über die Marktlage berichtet und auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche bei den Hochofenwerken infolge der ungenügenden Koksversorgung entstanden sind. Die schlechte Belieferung der Hochofenwerke mit Koks hat zu erheblicher Einschränkung der Roheisenerzeugung geführt. Zahlreiche Hochöfen mußten ausgeblasen oder gedämpft werden, wodurch in der Versorgung der weiterverarbeitenden Industrie eine wesentliche Verschlechterung, die durch die herrschenden Verkehrsschwierigkeiten noch verschärft wird, eingetreten ist. Durch die starke Erhöhung der Seefrachten ist eine wesentliche Verteuerung der ausländischen Erze eingetreten, ferner haben die Hochöfenwerke mit einer Erhöhung des Preises eines Teils der inländischen Erz- und Schmelzmaterialien, sowie mit den erhöhten Kokspreisen und seiner weiteren Steigerung der Fabrikationskosten zu rechnen. Roheisenpreise ab 8. Januar:

Hämatit- und Cu-armes-Stahleisen . . .	547 M.
Gießerei-Roheisen	410 „
Siegerländer Stahleisen und Spiegeleisen .	351 „

Die neuen Preise haben Gültigkeit bis Ende d. J.

In der Versammlung der Vertreter der Erzeuger, Verbraucher und Arbeitnehmer wurden die Beschlüsse zur Kenntnis gebracht und insbesondere darauf hingewiesen, daß ein Teil der Erhöhung notwendig sei, um endlich eine allmähliche Tilgung der bekannten Kredite herbeizuführen, die die auf den Bezug ausländischer Erze angewiesenen Werke im Interesse der Landesverteidigung und auf Veranlassung der Regierung auf sich nehmen mußten. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministers hat gegen die Preiserhöhung Bedenken geäußert und sich die Stellungnahme des Reichswirtschaftsministeriums vorbehalten. Der Vertreter des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten erhob Bedenken gegen die abermalige erhebliche Verteuerung des Roheisens und wies auf die gefahrdrohende Lage hin, in die die verarbeitende Industrie hierdurch gelangen müsse.

Schwedische Forderungen für Erzlieferungen. Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, daß Verhandlungen über die Abbürdung schwedischer Forderungen für Erzlieferungen an Deutschland sich dem Abschluß nähern. Der schwedische Hauptinteressent ist die Grängesberg-Oxelösund-Gesellschaft, die ihre Forderungen im Sommer auf 1,2 Millionen Kronen bezifferte. Schuldner sind meist die deutschen Hüttenwerke, die Kredite sind durch Bürgschaft deutscher Großbanken gedeckt. Die Forderungen sollen jetzt an ausländische Finanzkreise abgebürdet werden. Nach „Allehanda“ kommen holländische und amerikanische Firmen in Betracht, von denen erstere die Forderungen an einen großen rheinisch-westfälischen Konzern, die Amerikaner jene an eine Reihe oberschlesischer Werke übernehmen sollen. Die Verhandlungen mit den holländischen Firmen werden zurzeit in Kopenhagen zu Ende geführt.

1400 Mark für die Tonne Alteisen. Infolge des in der letzten Zeit überaus erschwerten regelmäßigen Bezuges von ausländischen Erzen haben sich die deutschen Werke veranlaßt gesehen, auf die Verkommen von Inlanderzen, soweit angängig, zurückzugreifen. Es macht sich bereits auf verschiedenen Werken Oberschlesiens wie Rheinland-Westfalens ein empfindlicher Mangel an Eisen geltend. Daher haben die Preise am Schrottmarkt geradezu enormen Umfang angenommen. Die erst kürzlich im Handel verlangten Preise von 900 bis 1000 M. pro Tonne Alteisen sind beinahe schon wieder zur Ausnahme geworden und es werden bereits Preise von 1400 Mark und mehr bezahlt.

*) Autonome Wirtschaft, Verlag E. Diederichs, 1,65 M.

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik im Versicherungsgewerbe.

Immer deutlicher wird die Erkenntnis, daß die Unternehmer es ganz zielbewußt auf eine Kraftprobe mit ihren Angestellten ankommen lassen wollen. Ganz unbekümmert darum, daß der Streik, der durch ihre hartnäckige Weigerung, mit dem Zentralverband der Angestellten in Verhandlungen zu treten, zum Ausbruch gekommen ist und kommen mußte, im Wirtschaftsleben empfindliche Störungen hervorruft, haben sie den ganzen Donnerstag verstreichen lassen, ohne dem Reichsarbeitsministerium irgendwelche Vorschläge zur Beilegung des Konflikts zu machen.

Offenbar spekulierten die Herren darauf, daß die Angestellten im Versicherungsgewerbe, eine im gewerkschaftlichen Organisationsleben noch junge Arbeitergruppe, nicht den moralischen Mut aufbringen würde, die Herausforderungen ihrer Arbeitgeber entsprechend zu beantworten. Daß diese Spekulation fehlgeschlagen ist, hat bereits der erste Tag des Streiks bewiesen. In bewundernswerter Einmütigkeit haben die Angestellten zum letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel, dem Streik gegriffen, um dem Unternehmertum zu beweisen, daß auch im Versicherungsgewerbe die Zeiten vorbei sind, wo die Direktoren die Riesengehälter einsteckten und sie ihre Angestellten mit Bettelpfennigen abspeisten.

In ihrem Streik haben die Angestellten die volle Sympathie der berufstätigen Bevölkerung auf ihrer Seite. Sollte der Unternehmerverband weiterhin auf seiner Weigerung, zu verhandeln, bestehen bleiben, so wäre es an der Zeit, die Herren etwas schärfer anzufassen, als das bisher geschehen ist. Wohl in keinem Industriezweige sind so alle Vorbedingungen für die Sozialisierung gegeben, wie im Versicherungsgewerbe. Es geht auf die Dauer nicht an, daß die Interessen der Versicherten und der Angestellten Not leiden, weil eine kleine Unternehmergruppe rücksichtslos und brutal ihre materiellen Interessen vertritt.

Während das Arbeitsministerium bis in die späten Abendstunden vergeblich auf eine Aeußerung des Arbeitgeberverbandes gewartet hat, ist eine Lokalkorrespondenz in der Lage, den Wortlaut der Aeußerung des Arbeitgeberverbandes an das Ministerium mitzuteilen. Auch ein beredtes Zeichen für die Hochachtung vor der amtlichen Stelle und den Willen, den Konflikt baldigst beizulegen.

Das Schreiben lautet:

„Der Arbeitgeberverband stellt zunächst mit Befriedigung fest, daß der Zentralverband der Angestellten seinen hartnäckigen Widerstand gegen die Heranziehung der übrigen Angestelltenorganisationen zu den Tarifverhandlungen aufgegeben hat. Hierdurch sei das erste Hindernis für die Aufnahme dieser Verhandlungen beseitigt. Der Arbeitgeberverband kann sich jedoch Erfolg von irgendwelchen Verhandlungen erst dann versprechen, wenn der Zentralverband der Angestellten ihm gegenüber schriftlich durch bindende Erklärung den von ihm aufgestellten Tarifvertragsentwurf fallen läßt und insbesondere auf seine Forderungen hinsichtlich des Mitbestimmungsrechts verzichtet, soweit sie über das Betriebsrätegesetz hinausgehen. Ferner muß der Arbeitgeberverband verlangen, daß die Arbeit sofort in allen Betrieben bedingungslos wieder aufgenommen wird. Streiktage werden nicht bezahlt.“

Falls diese Forderungen erfüllt werden, ist der Verband bereit, in Verhandlungen einzutreten.

Wenn das tatsächlich die Antwort der Unternehmer darstellt, so sind wir uns bewußt, daß die Unternehmer nach Möglichkeit den entstandenen Brand schüren und es auf eine Machtprobe ankommen lassen wollen. Die Antwort ist kein Versuch zur Anbahnung von Vergleichsverhandlungen, sondern eine neue Brüskierung der Angestellten. Wenn es eine Entschuldigung für das skandalöse Hinhalten des Arbeitsministeriums durch die Arbeitgeber gibt, so ist es die, daß sie sich schämten, dem Reichsarbeitsministerium diese Antwort direkt zu übermitteln.

*

Auch im Reiche ist der Streik in den verschiedensten Orten wirkungsvoll begonnen worden. Aus Stuttgart wird gemeldet, daß der Streik dort restlos durchgeführt wird. In den meisten größeren Städten werden am heutigen Freitag die Angestellten des Versicherungsfaches ebenfalls in den Ausstand treten. Mit den Städten des besetzten Gebietes hat die Streikleitung, wie wir erfahren, bisher keine Verbindung.

Frankfurt a. M., 8. Januar. Die Frankfurter Versicherungsangestellten werden morgen in den Streik treten, nachdem der Generalstreik für ganz Deutschland beschlossen worden ist.

Leipzig, 8. Januar. Von der Leipziger Fachgruppe der Versicherungsangestellten des Zentralverbandes der Angestellten wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, heute, Donnerstag, in den Streik zu treten. Es kommen in Leipzig etwa 2000 Versicherungsangestellte in Betracht.

Dresden, 8. Januar. Es kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß sich die Dresdener Versicherungsangestellten der allgemeinen Streikbewegung der Versicherungsangestellten fast durchweg anschließen werden. Für heute abend ist eine Versammlung einberufen worden, in der endgültig über den Eintritt in den Streik, der für Freitag früh in Aussicht genommen ist, Beschluß gefaßt werden soll.

Ueber 7 Millionen Gewerkschaftsmitglieder.

Das „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ gibt in seinem Jahresrückblick für 1919 über das Anwachsen der Gewerkschaften folgenden Aufschluß:

„Die deutschen Gewerkschaften können auf das Jahr 1919 mit Befriedigung zurückblicken. Mit 1,6 Millionen Mitgliedern begannen sie ihren Wiederaufstieg, und am Jahresschluß erreichten sie 7,1 Millionen. Die Entwicklung war geradezu eine stürmische. Bereits Ende Januar war die Mitgliederhöhe der Vorkriegszeit von 2,5 Millionen erreicht. Ende Februar überschritten die Gewerkschaften die dritte Million, Ende April die vierte, Mitte Juni die fünfte, Mitte August die sechste Million. Seitdem hat sich der Zugang merklich verlangsamt. Zweifellos können noch mehrere Millionen Arbeiter und Angestellte für die Gewerkschaften gewonnen werden, auch unter Berücksichtigung eines gewissen Prozentsatzes, den andere Gewerkschaftsgruppen an sich ziehen. Aber diese werden nur in dem Maße organisationsreif, als sich das Wirtschaftsleben wieder erstarkt. Auch die Millionen Arbeitnehmer der Landwirtschaft werden erst nach Jahren den Gewerkschaften zugeführt werden können. Immerhin wurde von Mitte August bis Mitte November, also in drei Monaten, eine weitere, die siebente Million von Mitgliedern hinzugefügt. Auch heute noch befinden sich die gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen im Steigen und wenn es auch langsamer vorwärts geht, als in den ersten Quartalen, so dürfen wir doch noch einen weiteren beträchtlichen Zuwachs erwarten. Von den 52 Gewerkschaften zählen 12 über 100000 Mitglieder; sie vereinigen mit insgesamt 5,91 Millionen etwa 82 Proz. der Gesamtmitgliederschaft. 10 weitere Verbände zählen über 50000 bis 90000 Mitglieder. Mit 710000 Mitgliedern umfassen sie etwa 10 Proz. der Gesamtzahl. Die restlichen 500000 Mitglieder verteilen sich auf 30 Gewerkschaften, von denen 17 Verbände zwischen je 10000 und 48000 und 13 weniger als je 10000 Mitglieder zählen.“

Unabhängige und Betriebsrätegesetz.

In den Kreisen der Gewerkschaften wird von unabhängiger Seite zurzeit eine rege Agitation entfaltet, um am Dienstag, dem Tage des Wiederzusammentritts der Nationalversammlung, durch Demonstrationen gegen das Betriebsrätegesetz zu protestieren.

Für die Unabhängigen handelt es sich bei ihrer bekannten Stellung zum Betriebsrätegesetz natürlich nicht darum, durch die Demonstration auf eine Verbesserung der Gesetzesvorlage hinzuwirken und damit die Sache der Arbeiterschaft zu verstärken. Sind ihre Vertreter in ihrer doktrinären Verbohrtheit doch entschlossen, auf alle Fälle das Betriebsrätegesetz abzulehnen, weil es ihnen nicht ihr utopisches Rätesystem bringt. Die Unabhängigen wollen die Demonstration, weil sie die Hoffnung haben, die immer mehr zur Erkenntnis kommende Arbeiterschaft erneut vor ihren Parteikarren spannen zu können.

Bei all denen, die die prinzipielle Bedeutung des gewiß verbesserungsfähigen Gesetzentwurfes für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft erkannt haben, werden solche krampfhaften Bemühungen, den Einfluß der Unabhängigen auf die enttäuschten Massen durch das verbrauchte Schlagwort „Rätesystem“ aufzufrischen, nur ein mitleidiges Lächeln erwecken.

Glänzende Entlohnung städtischer Arbeiter.

Die im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband organisierten, auf den städtischen Gütern und Nebenbetrieben Beschäftigten reichten, wie uns die Organisation schreibt, am 11. November 1919 einen Antrag bei der Deputation für die Güter Berlins ein, der dahin ging, daß ihnen neben den Tariflöhnen eine wöchentliche Beihilfe von 15 M., rückwirkend ab 1. Oktober 1919, gewährt wird. Dieser Antrag wurde am 3. Dezember abgelehnt. Ein am 15. Dezember erneut gestelltes Ersuchen ebenfalls. Deshalb ist die Arbeiterschaft in große Erregung versetzt, da ihre Notlage eine allzu große ist. Die Barlöhne beziffern sich zurzeit pro Woche unter 30 M., eine Summe, welche vollkommen unzureichend ist. Eine nochmalige mündliche Verhandlung mit Herrn Bürgermeister Reicke ging dahin, diese Angelegenheit nochmals zu prüfen und in der schnellsten Weise zu erledigen.

Die Gemeindearbeiter fordern Teuerungszulagen.

In einer am Donnerstag abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung des Gemeindearbeiterverbandes führte der Vorsitzende Polenske aus, die bedeutende Verteuerung der Lebenshaltung zwinge die Gemeindearbeiter, noch vor Ablauf des Tarifvertrages neue Teuerungszulagen zu fordern. Sie halten diese Forderung auch deshalb für berechtigt, weil die Beamten der unteren und mittleren Gehaltsstufen durch die Neuregelung der Besoldung bessergestellt seien als die Arbeiter. Der kürzlich gefaßte Beschluß der Gewerkschaftskommission, wonach alle Gewerkschaften eine wöchentliche Teuerungszulage von 25 M. fordern sollen, könne den Teuerungsverhältnissen nicht Rechnung tragen. Einige Tage vor dem genannten Beschluß der Gewerkschaftskommission habe die Ortsverwaltung des Gemeindearbeiterverbandes bereits den Beschluß gefaßt, von den Gemeindebehörden eine laufende Teuerungszulage von wöchentlich 50 M. für jeden Beschäftigten und 12 M. für jedes versorgungsberechtigte Kind zu fordern. In einer Besprechung mit den Vertretern der anderen für die Gemeindebetriebe in Frage kommenden Gewerkschaften hätten diese anfangs ein Hinausgehen über den Beschluß der Gewerkschaftskommission für bedenklich gehalten, sich aber dann überzeugen lassen, daß die von der Ortsverwaltung beschlossene Forderung berechtigt sei und ihr zugestimmt. Eine am vergangenen Sonntag abgehaltene Versammlung der Gasarbeiter habe beschlossen, daß außer der laufenden Teuerungszulage von 50 M. und 12 M. noch eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 500 M. für jeden Beschäftigten und 200 M. für jedes Kind gefordert werden solle. Von der Erhebung dieser Forderung rate die Ortsverwaltung ab, weil solche Zulagen doch immer an einen Stichtag der Beschäftigungsdauer gebunden seien, woraus Ungerechtigkeiten und Gegensätzlichkeiten zwischen den Arbeitern entständen. Gegen die Forderung der Wirtschaftsbeihilfe spreche aber besonders der Umstand, daß die geforderte Teuerungszulage um mehr als 100 Prozent über den Beschluß der Gewerkschaftskommission hinausgehe und wenn außerdem noch weitere Forderungen gestellt würden, auf die Sympathie der gesamten Arbeiterschaft nicht gerechnet werden könne, wenn es wegen der Forderung zum Kampf kommen sollte.

In der lebhaften Diskussion erklärten mehrere Vertreter der Gasarbeiter, daß sie unbedingt auf ihrer Forderung bestehen und wenn diese von der Generalversammlung abgelehnt werden sollte, würden die Gasarbeiter ihren eigenen Weg gehen. — Ein Vertreter der Elektrizitätsarbeiter bemerkte, seine Kollegen hätten soeben in einer Versammlung beschlossen, nicht die Forderung der Gasarbeiter, sondern die der Ortsverwaltung zu vertreten.

Die Versammlung stimmte mit sehr großer Mehrheit den von den Gasarbeitern aufgestellten Forderungen zu. — Ein Vertreter der in den städtischen Betrieben beschäftigten Mitglieder des Transportarbeiterverbandes erklärte, diese hätten sich die Forderungen der Gasarbeiter zueigen gemacht und ständen einmütig hinter denselben. Polenske bemerkte, die Ortsverwaltung werde die dem oben gefaßten Beschluß entsprechenden Forderungen den Gemeindebehörden einreichen.

Achtung, Töpfer!

Zwischen den Vertretern der in Frage kommenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ist am 7. Januar dieses Jahres bezüglich der Lohnbestimmungen folgendes vereinbart worden und treten diese neuen Bestimmungen am 5. dieses Monats in Kraft: Die Teuerungszulagen erhöhen sich: bei Zeitlohnarbeiten von 180 auf 240 Proz., so daß der Gesamtstundenlohn 4,25 Mark beträgt, für Akkordarbeiten: bei Oefen von 200 auf 280 Proz. und bei Herden von 230 auf 280 Proz. Die neuen Bestimmungen gelten bis auf weiteres.

Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands,
Filiale Groß-Berlin.

Vollversammlung sämtlicher Angestelltenausschüsse der Fachgruppe 3b der Heeresbetriebe am Freitag, den 9. Januar, abends 6½ Uhr, in den Sophiensälen (weißer Saal), Sophienstr. 17/18. Eintrittsberechtigt sind nur die aktiven Mitglieder auf Grund des den Angestelltenausschüssen zugegangenen Ausweises.

H. F. Eckert, Lichtenberg. Die Betriebsversammlung für den Gesamtbetrieb findet am Freitag, den 9. Januar, mittags 12 Uhr, in Lichtenberg, Turnhalle, Bürgerheimstraße, statt.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Zickler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.